

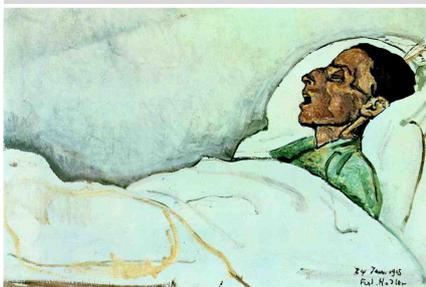


DIE BRILLE / REPORT

24. Linke Literaturmesse - türkische Motive ...

(SB) - Meine Verhaftung war eine perverse Bestätigung des Autoritarismus, den ich in den vergangenen paar Jahren aufgezeichnet habe und gegen den ich aufgetreten bin. [...] Sie nahmen davon Abstand, mich offiziell anzuklagen, stattdessen halten sie mich auf Basis vager Terrorvorwürfe fest ... (Seite 8)

MEDIZIN / REDAKTION



Gemälde von Ferdinand Hodler (1853-1918) - Öl auf Leinwand, Sammlung Kunstmuseum Basel
Foto: gemeinfrei

Die Entsorgungsgesellschaft - Nichteinverständnis vorausgesetzt ... Teil 1

(SB) - "Sterbefasten" bedeutet, daß eine entscheidungsfähige Person freiwillig und bewußt auf Essen und Trinken verzichtet, um den Tod frühzeitig herbeizuführen. In Abhängigkeit vom Alter, der körperlichen Verfassung und den Vorerkrankungen dauert der Sterbeprozess in der ... (S. 28)

24. Linke Literaturmesse -

Verbotsopportunismus ...

Bücherlesend begreife ich, wir waren stets eine Minderheit, wir Bücher-Fans, Buch-Narren, lebend lesen lernend, lesend leben lernend, Botschaften gebend und empfangend. Ich wage die Behauptung: Obwohl es viele dumme Bücher gab und gibt, schuf die Summe aller Bücher zusammen mehr Licht als Dunkelheit. Ich sage es mit dem lässigen Patriotismus des Alphabeten, ich habe gelesen, lese, werde lesen, sollte das Buch keine Zukunft haben, dann hat Zukunft keine Zukunft.

Gerhard Zwerenz - Der Kampf ums Buch [1]

(SB) 8. November 2019 - Drei Tage lang ließ das Bundesinnenministerium im März 2018 die Geschäftsräume des Mezopotamien Verlages und des Musikvertrieb MIR Multimedia im nordrhein-westfälischen Neuss durchsuchen. Mehrere LKW-Ladungen von Büchern und digitalen Medien wurden beschlagnahmt und abtransportiert. Das Bundesinnenministerium lastete den betroffenen Betrieben in einer Pressemitteilung vom 8. März 2018 an, mit den "von ihnen vertriebenen Produkten den organisatorischen Zusammenhalt der in Deutschland verbotenen PKK zu unterstützen".

Beide Firmen seien "dringend verdächtig, sich gegen den Gedanken der Völkerverständigung gem. Art. 9 Abs. 2 GG zu richten: Ihre gesamte Geschäftstätigkeit unterstützt mit der PKK eine Organisation, die sich ihrerseits gegen den Gedanken der Völkerverständigung richtet." [2]

Das von vielen Seiten als politische Willkür kritisierte und in anderen EU-Staaten längst aufgehobene PKK-Verbot dient nicht nur dazu, AktivistInnen der kurdischen Freiheitsbewegung in der Bundesrepublik dem politischen Strafrecht nach Paragraph 129 a und b auszusetzen. Mit ihm werden auch weitgehende Eingriffe in die kulturelle Selbstbestimmung und die grundrechtlichen Freiheitsgarantien eines Teiles der Bevölkerung begründet. Nicht nur aus der Türkei stammende KurdInnen mit deutscher Staatsangehörigkeit oder in der Bundesrepublik in politischem Asyl lebende Menschen werden auf diese Weise daran gehindert, in ihrer Muttersprache zu publizieren oder zu lesen. Jeder Mensch, der sich über Hintergründe der Unterdrückung der kurdischen Bevölkerung in der Türkei und der kriegerischen Auslöschung des Gesellschafts-

experimentes Rojava in Nordsyrien informieren will, wird in seiner Freiheit, dies zu tun, durch ein politisch motiviertes Rechtskonstrukt daran gehindert. Einmal angenommen, es ginge diesem Staat tatsächlich darum, die Völkerverständigung zu fördern, dann hat er mit dieser Verbotsmaßnahme das Gegenteil dessen getan.

Für die Bundesregierung genießt das Bündnis mit dem NATO-Partner Türkei nicht nur aufgrund des vielzitierten Flüchtlingsdeals mit dem AKP/MHP-Regime höchste Priorität. Sie verfolgt, wie die kriegsrischen Ambitionen der Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer belegen, eigene, durchaus von US-amerikanischen und russischen Interessen abweichende geostrategische Ambitionen im Nahen und Mittleren Osten. Das deutsche Hegemonialstreben in der EU übersetzt sich quasi fugenlos auf die EU-europäische Peripherie und setzt dabei auf ein Bündnis mit der Türkei, das in der Geschichte des deutschen Imperialismus schon vielen Belastungsproben ausgesetzt war. Diese wurden von den jeweiligen Regierungen in Berlin stets zugunsten einer Option der Stärke entschieden, sprich zu Lasten von der Türkei verfolgter Minderheiten armenischer oder kurdischer Herkunft oder AktivistInnen linker und kommunistischer Gesinnung. Ali Çiçek von Civaka Azad (Kurdisches Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit e.V.) faßt die Position der Bundesregierung in einem aktuellen Text kurz und bündig so zusammen:

Bedingungslose Unterstützung für den Krieg gegen die PKK in Nordkurdistan, Schweigen und Lippenbekenntnisse zu grenzüberschrei-

tenden türkischen Militäroperationen in Südkurdistan und dem Krieg in Nordsyrien, Ignoranz gegenüber den Errungenschaften in Rojava, Unterstützung für die kurdische Regionalregierung als Gegengewicht zur kurdischen Freiheitsbewegung sowie Repression gegen die kurdische Freiheitsbewegung und solidarische Kreise in der Bundesrepublik und ihre Kriminalisierung: Das ist die Linie der Bundesregierung in der kurdischen Frage. [3]

Bundesinnenminister Thomas de Maizière bekräftigte die Kriminalisierung des Mezopotamien Verlages am 8. März 2018 mit der martialischen Ansage: "Der Rechtsstaat bietet seinen Feinden die Stirn!" Ein Rechtsstaat, in dem die Meinungs- und Publikationsfreiheit so niedrig gehängt wird, daß ein ganzes Büchersortiment beschlagnahmt werden kann, von dem kein einzelnes Werk zuvor strafrechtlich sanktioniert wurde, kann vermutlich nicht anders, als das eigene Ansehen mit ideologischer Rabulistik anhand einer seit 30 Jahren untergegangenen DDR, die sich nicht mehr wehren kann, aufzupolieren.

Folgerichtigerweise wurden im Februar 2019 die Mezopotamien Verlag und Vertrieb GmbH und die MIR Multimedia GmbH unter Berufung auf das Vereinsgesetz als "Teilorganisationen der 1993 in Deutschland verbotenen Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) verboten und aufgelöst". Auch dieses Mal kam es zu umfassenden Durchsuchungs- und Beschlagnahmeaktionen. Angeblich wären mit dem "wirtschaftlichen Ertrag" der beiden Betriebe "die Aktionsmöglichkeiten der Terrororganisation in Deutschland und Europa

nachhaltig gestärkt" worden, die "in Deutschland mit ca. 14.500 Anhängern mit Abstand die mitgliederstärkste extremistische Ausländerorganisation" sei. Die in einer Pressemitteilung des nun von Horst Seehofer geführten Bundesinnenministeriums vom 12. Februar 2019 aufgelisteten Zahlen zur politischen Verfolgung der kurdischen Freiheitsbewegung dokumentieren, daß die gegen ihre AktivistInnen und Organisationen gerichteten Verfügungen keine Ausnahmefälle eines ansonsten von politischer Justiz freien Rechtsstaates darstellen, sondern integraler Bestandteil der breit angelegten Unterdrückung nicht mit der herrschenden politischen Deutungsmacht kompatibler Positionen sind:

Seit 2004 haben die Strafverfolgungsbehörden der Länder in einer sehr hohen vierstelligen Zahl strafrechtliche Ermittlungsverfahren mit PKK-Bezug eingeleitet.

Der Generalbundesanwalt (GBA) hat bislang 180 Ermittlungsverfahren mit diesem Bezug geführt. Seit 1992 sind auf Anklage des GBA durch die Oberlandesgerichte gegen Funktionsträger der PKK in Deutschland über 70 Urteile ergangen, mit denen mehr als 90 Angeklagte verurteilt wurden.

Darüber hinaus haben die Verbotsbehörden des Bundes und der Länder seit 1993 die PKK selbst und weitere 52 ihr zuzurechnende Organisationen verboten. Das BMI hat zuletzt 2008 den PKK-Fernsehsender Roj-TV mit einem Betätigungsverbot für Deutschland belegt. [4]

Angesichts dieser furchteinflößenden Phalanx staatlicher

Zwangmaßnahmen kann es nicht erstaunen, daß die Berichterstattung bürgerlicher Medien über die Unterdrückung kurdischer Verlagsarbeit weitgehend unterhalb der öffentlichen Wahrnehmungsschwelle verblieb. In einem Land, in dem das Fanal der Bücherverbrennung des Sommers 1933 durch die NS-Studentenschaft immer wieder als warnendes Beispiel für die zerstörerischen Folgen der Einschränkung politischer Freiheit heranzitiert wird und dessen Kultureliten Zensurmaßnahmen autoritärer Regimes mit dementsprechender Schärfe verurteilen, blieben aufrüttelnde Reaktionen und kritische Kommentare in großen Medien fast vollständig aus.

Im Newsletter des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) 1/2019 wurde die Verbotsmaßnahme ebenfalls damit begründet, daß die geschäftlichen Aktivitäten der Verlagsarbeit "die Aktionsmöglichkeiten der Organisation (PKK) in Deutschland und Europa nachhaltig stärkte". Wer sich im Buchgeschäft auskennt, kann angesichts der Behauptung, daß ein Kleinverlag, der vor allem in kurdischer Sprache publiziert, so viel Geld einbringen soll, daß er eine angeblich terroristische Organisation alimentieren kann, nur staunen. Dafür werden üblicherweise, wie etwa im Fall islamistischer Kampfgruppen in Syrien, Millionenbeträge aus Staatshaushalten in aller Welt eingesetzt oder, wie im Falle des IS, mit Unterstützung der Türkei Erträge aus dem Ölgeschäft herangezogen.

Insgesamt jedoch zeigte man sich beim BfV zufrieden, daß es außer unter den üblichen Verdächtigen zu keinen nennenswerten, die

bundesrepublikanische Öffentlichkeit alarmierenden Reaktionen auf das Vereinsverbot kam. In dem Amt, das mit Sinan Selen seit Januar 2019 über einen in der Türkei geborenen Vizepräsidenten verfügt, dessen Karriereweg über das Amt des Leiters des Referates für Ausländerterrorismus und Ausländerextremismus im Bundesinnenministerium führte [5], scheint man davon überzeugt zu sein, daß politische Interessen bei der staatlichen Bekämpfung der kurdischen Freiheitsbewegung keinerlei Rolle spielen:

Die schnelle Thematisierung des Verbots durch Anhänger und Medien der PKK und dessen Darstellung als weiteres Beispiel für die angebliche "Kriminalisierung" der Kurden in Deutschland und die angebliche Zusammenarbeit zwischen Deutschland und der Türkei zum Nachteil der hier lebenden Kurden entsprach soweit den üblichen Reaktionen der Organisation auf entsprechende staatliche Maßnahmen. Diese Reaktionen hielten aber in der Folgezeit nicht sehr lange an [6].

Solidaritätsprojekt gegen die systematische Unterdrückung kurdischer Stimmen

Um so erfreulicher ist die von drei Verlagen getragene Initiative, mit der Edition Mezopotamya ein Solidaritätsprojekt zugunsten des inkriminierten kurdischen Verlages zu starten. Entstanden war die Idee in Folge einer Solidaritätserklärung, zu der der Inhaber des Antiquariates Walter Markov und kulturpolitische Sprecher der Linksfraktion Bonn, Jürgen Repschläger, im März 2018 aufgerufen hatte [7]. In einer Präsentation

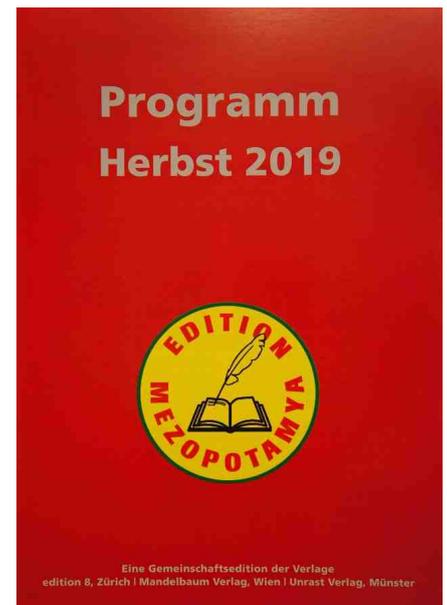


Foto: © 2019 by Schattenblick

des Projektes auf der 24. Linken Literaturmesse in Nürnberg [8] berichtete Esther Winkelmann vom Antiquariat Walter Markov, daß man bei einem Treffen auf der Leipziger Buchmesse 2018 die Idee entwickelte, die Wiederherausgabe einiger Werke des Mezopotamien Verlages nach dem Vorbild des verlegerischen Widerstandes gegen die Beschlagnahme des Buches *Wie alles anfang von Bommi Baumann* in die Wege zu leiten.

Das frühere Mitglied der Bewegung 2. Juni hatte mit diesem autobiographischen Bericht ein Buch vorgelegt, auf das der Staat kurz nach seiner Veröffentlichung durch den Trikont Verlag auf der Frankfurter Buchmesse 1975 mit bundesweiten Durchsuchungsaktionen reagierte. Gegen die massive Unterdrückung der Verbreitung des Werkes eines Aktivisten, dessen Ansichten auch innerhalb der radikalen Linken auf Kritik stießen und der, wie sich später herausstellte, umfassend mit dem Staatsschutz zusammenarbeitete [9], protestier-



ten zahlreiche Verlage und Einzelpersonen.

Im Sommer 1977 kam es zu einer Neuherausgabe des Buches, für die über 300 Verlage und Einzelpersonen verantwortlich zeichneten, unter ihnen so prominente Personen wie Jean Paul Sartre, Hans Magnus Enzensberger, Inge Feltrinelli, Giulio Einaudi, Rudi Dutschke, Ossip Flechtheim, Helmut Gollwitzer, Peter Handke, Jan Myrdal, R. Neven Du Mont, Luise Rinser, Volker Schlöndorff, Alice Schwarzer, F.K.Waechter, Peter Weiss und Gerhard Zwerenz. Auch gegen die zweite Auflage erging ein Beschlagnahmebeschuß, und es sollte bis Oktober 1978 dauern, bis das Buch vollständig legalisiert und die VerlegerInnen des Trikont-Verlages, Gisela Erler und Herbert Röttgen, vom Bundesgerichtshof freigesprochen wurden.

Vom Schweigen der Lämmer

Was vor mehr als 40 Jahren ein Politikum ersten Ranges war und in seiner juristischen Aufarbeitung heute als exemplarisches

*Esther Winkelmann und
Martin Birkner
bei der Präsentation
des Solidaritätsprojektes
Foto: © 2019 by Schattenblick*

Beispiel für den problematischen Umgang der Justiz mit der Meinungsfreiheit gehandelt wird, rangiert heute unter "ferner liefern". Die geringe Aufmerksamkeit, die ein solch elementarer Bruch mit bürgerlichen Grund- und Freiheitsrechten wie das Verbot des Mezopotamien Verlages heute erhält, läßt nichts Gutes erwarten für den Fall einer diktatorischen Ermächtigung oder anderer gravierender Formen staatlicher Repression.

Nicht nur KurdInnen sind von einer Praxis staatlicher Repression betroffen, die sich direkt gegen den Austausch politischer Gedanken und die Kommunikation unter AktivistInnen richtet. Das Verbot von Indymedia linksunten im August 2017 war ein kurz nach den G20-Protesten in Hamburg und einige Monate vor den Klimaprotesten im Umfeld des Weltklimagipfels in Bonn strategisch gut platzierter Schlag gegen eine wich-

tige Kommunikationsstruktur der radikalen Linken [10]. Auch in diesem Fall bediente sich das Bundesinnenministerium einer abenteuerlichen Begründung und ließ keinen Zweifel daran, daß der Zweck die Mittel heiligt. Rechtlich ist zwar nichts geklärt, aber der Staat hat auf lange Zeit eine Einrichtung lahmgelegt, die für die Mobilisierung sozialen Widerstands zentral war.

Martin Birkner vom Wiener Mandelbaum Verlag, der neben der Zürcher Edition 8 und dem Unrast Verlag aus Münster für die Neuherausgabe einiger der nicht mehr erhältlichen Bücher im Rahmen der Edition Mezopotamya verantwortlich zeichnet, merkte bei der Vorstellung der Solidaritätsinitiative an, daß mit der Verbotsmaßnahme praktisch die Beweislast umgekehrt und damit der bürgerliche Rechtsstaat auf den Kopf gestellt werde. Wo ein Strafurteil normalerweise erst nach erwiesener Schuld vollzogen wird, wurde das Urteil in diesem Falle außergerichtlich verhängt und in Form der Beschlagnahme des Verlags Eigentums und einer Verbotsverfügung nach dem Vereinsrecht durchgesetzt. Nun müssen die betroffenen Betriebe vor Gericht den Nachweis antreten, daß sie zu Unrecht als Teilorganisationen der PKK verboten wurden, ohne in dieser Zeit wie zuvor publizieren zu können.

Der Antwort auf eine Kleine Anfrage der Abgeordneten Simone Barrientos, Petra Sitte und Doris Achelwilm der Linksfraktion im Bundestag an die Bundesregierung [11] ist zu entnehmen, daß der Inhalt der über 50.000 beschlagnahmten Bücher und Medienträger für das Verbot irrele-

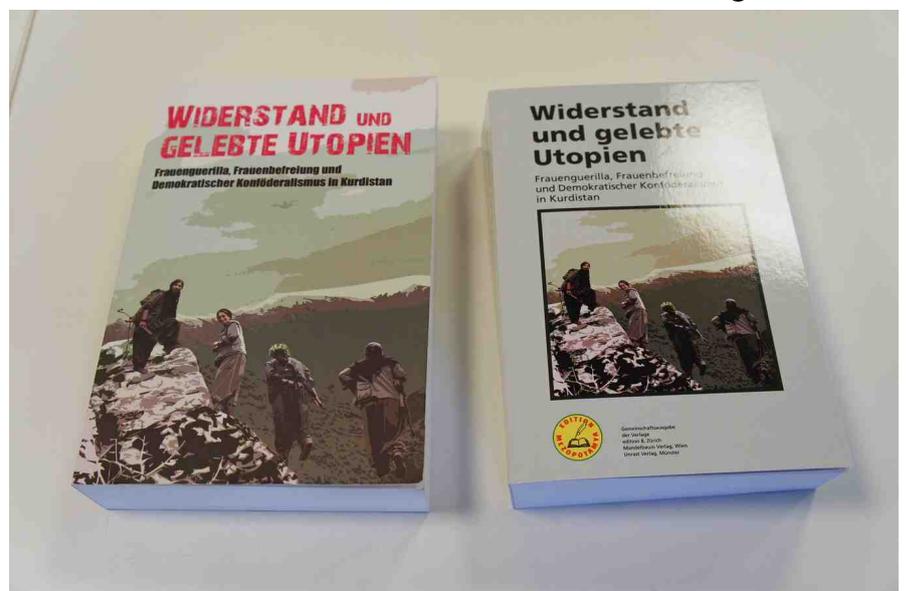


tischen Konföderalismus trotz der in den mehrheitlich kurdischen Gebieten massiven Repression des türkischen Staates zu verwirklichen.

Bei dem Solidaritätsprojekt gehe es nicht um kurdischen Linksnationalismus, sondern die Verteidigung des Mezopotamien Verlages als multiethnisches und multilinguales Projekt, so Martin Birkner. Bücher aller Art, darunter auch viele Klassiker der Weltliteratur, wurden in diversen, regional unterschiedlichen Varietäten des Kurdischen herausgegeben als

vant sei, weil es sich insgesamt um das "Organisationsvermögen der PKK" handle. Die pauschale Begründung, mit der der Mezopotamien Verlag außer Kraft gesetzt wurde, erinnert daran, daß es auch bei Ermittlungen nach dem Vereinigungsstrafrecht 129 a häufig darum ging, linke Zusammenhänge einzuschüchtern und außer Gefecht zu setzen, kam es im Nachhinein doch nur in seltenen Fällen zu Verurteilungen.

Martin Birkner legte in Nürnberg Wert auf die Feststellung, daß man mit dem Projekt der Edition Mezopotamya nicht nur ein Zeichen gegen Zensur setzen, sondern auch dafür sorgen wolle, daß nicht mehr verfügbare Bücher wieder zu lesen seien. So werden im Rahmen der Edition Mezopotamya 12 von den 17 im Mezopotamien Verlag auf deutsch erschienenen Bücher wieder herausgebracht. Darunter befinden sich theoretisch ausgerichtete Beiträge aus der Feder Abdullah Öcalans, ein Roman, mehrere Lebensgeschichten von KämpferInnen und ein kurdisch-deutsches Wörterbuch. Das ist zwar nur ein kleiner Teil der über 400 veröffentlichten



Bücher des Mezopotamien Verlages, aber doch der für ein deutschsprachiges Publikum relevanteste.

Esther Winkelmann lenkte die Aufmerksamkeit des Publikums auf einen Band über die Demokratische Autonomie in Nordkurdisten, die von internationalistischen AktivistInnen erstellt und zuvor bereits als Broschüre vertrieben wurde. Darin wird beschrieben, wie in der Türkei auf Gemeindeebene versucht wird, basisdemokratische, geschlechtergerechte und ökologische Strukturen zu schaffen, um den Demokra-

*Zwei Werke des Mezopotamien Verlages neu aufgelegt für die Edition Mezopotamya
Fotos: © 2019 by Schattenblick*

auch in Türkisch, Farsi und anderen Sprachen publiziert. Als besonders empörend empfindet es der Wiener Verleger, daß der Nachfolgestaat jenes Regimes, das vor nicht allzulanger Zeit öffentlich Bücher verbrannt hat, mit der Beschlagnahmung der wenigen im deutschen Sprachraum verfügbaren Lehrbücher und Wörterbücher der kurdischen Sprache, die auch für Übersetzungen

gen vom Kurdischen ins Deutsche und umgekehrt benötigt werden, im Grunde genommen die anti-kurdische Sprachpolitik der Türkei hierzulande reproduziere.

Vom kolonialistischen Charakter deutscher Verbotspolitik

Einer Bevölkerung die Sprache zu entziehen ist eine Herrschaftstechnik und Machtdemonstration ersten Ranges, weshalb türkische Regierungen die kurdische Sprache jahrzehntelang verboten und unterdrückt haben. Ein wichtiger Teil ihrer nationalchauvinistischen Politik besteht darin, den Menschen ihre Kultur und Geschichte zu nehmen, um zu verhindern, daß sich womöglich widerständige Formen kultureller Identität im alltäglichen Leben herausbildeten. Kulturzerstörung sei immer ein Herrschaftsinstrument des Kolonialismus gewesen, so Esther Winkelmann, die daran erinnerte, daß direkt nach dem Einfall türkischer Truppen im nordsyrischen Afrin ein wichtiges Symbol kurdischer Identität, die Statue des Schmiedes Kava, zerstört wurde. Heute würden in Rojava auch Kirchen syrischer ChristInnen durch die türkischen Streitkräfte zerstört, was die Frage aufwirft, wo eigentlich der vernehmliche Einspruch der Amtskirchen bleibt, wenn ein NATO-Staat christliche Gemeinden angreift, die zu den ältesten dieser Religion gehören.

Eine Nürnberger Aktivistin berichtete davon, daß man im kurdischen Kulturverein der Stadt einen Sprachkurs für Kinder und Jugendliche geplant habe. Nachdem sich dafür aufgrund des Ver-

lagsverbotes keine Bücher auftreiben ließen, habe sich ein kurdischer Aktivist mit dem Auto nach Amed (Diyarbakir) begeben, um dort die erforderlichen Lehrbücher zu erstehen. Eine solche Reise sei durchaus gefährlich, so die Aktivistin, die von fünf KurdInnen allein aus Südbayern weiß, die nicht wieder aus der Türkei nach Deutschland zurückkehren können, weil ein Ausreiseverbot über sie verhängt wurde. In der Türkei selbst sei es bis heute gefährlich, die kurdische Sprache zu benutzen. Sie wisse von einer Frau, die ihren Sohn in der Türkei im Gefängnis besuchte, dort aber ebenfalls verhaftet wurde, weil sie nur kurdisch sprechen konnte.

Aufgerufen wird nun zu Spenden für das Solidaritätsprojekt [12] und die Organisation von Buchpräsentationen, mit der die Edition Mezopotamya bekannt gemacht wird. Politische Verlagsprojekte dieser Art haben heute Seltenheitswert. Die großen Publikumsverlage halten sich - es sei denn, es geht um öffentlichkeitswirksame Aktionen für russische oder chinesische Dissidenten, mit deren Unterstützung auch die Bundesregierung reüssieren kann -, tunlichst bedeckt, wenn aktive Interventionen in die Gesellschaftsmaschine propagiert und vollzogen werden. Wenn sich drei linke Kleinverlage mit der solidarischen Herausgabe unterdrückter Bücher stark machen für die Verteidigung der Meinungs- und Publikationsfreiheit, unterstreicht das die Notwendigkeit und Stärke verlegerischer Unabhängigkeit. Im Idealfall ist Literatur eben weniger Ware für den kapitalistischen Markt denn Waffe der Kritik zu seiner Überwindung.

Anmerkungen:

- [1] Gerhard Zwerenz: Die Verteidigung Sachsens und warum Karl May die Indianer liebte. Sächsische Autobiographie in Fortsetzung. 93. Nachwort
<http://www.poetenladen.de/zwerenz-gerhard-sachsen99-93-buch.htm>
- [2] <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2018/03/durchsuchungen-mezopotamien-verlag.html>
- [3] <http://www.trend.infopartisan.net/trd1119/t121119.html>
- [4] <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2019/02/verbot-pkk-verlag.html>
- [5] <https://www.verfassungsschutz.de/de/das-bfv/amtsleitung/biografie-vizepraesident-selen>
- [6] <https://www.verfassungsschutz.de/de/oeffentlichkeitsarbeit/newsletter/newsletter-archiv/bfv-newsletter-archiv/bfv-newsletter-2019-01-archiv/bfv-newsletter-2019-01-thema-06>
- [7] https://www.boersenblatt.net/2018-03-19-artikel-solidaritaetsaktion_fuer_mezopotamien_verlag-hausdurchsuchung_in_neuss.1443374.html
- [8] <http://www.schattenblick.de/infopool/d-brille/report/dbrb0098.html>
- [9] https://www.ak-web.de/ak_s/ak620/12.htm
- [10] <http://www.schattenblick.de/infopool/politik/report/prbe0298.html>
<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/report/prbe0299.html>
- [11] <https://kleineanfragen.de/bundestag/19/10594-verbot-kurdischer-medienhaeuser-in-deutschland>



[12] <https://www.unrast-verlag.de/news/3404-gegen-zensur-fuer-publicationsfreiheit-spendenauf-ruf-edition-mezopotamya>

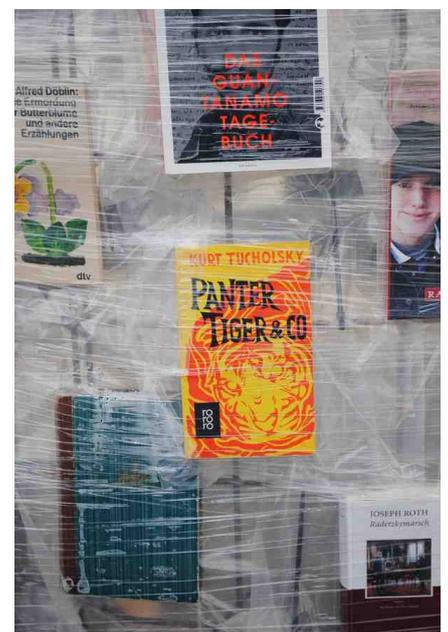
"Parthenon der Bücher" von Marta Minujín auf der documenta 14 in Kassel - künstlerisch wertvoller Protest gegen Zensur ...

Berichte und Interviews zur 24. Linken Literaturmesse in Nürnberg im Schattenblick unter: www.schattenblick.de → INFOPOOL → DIE BRILLE → REPORT:

BERICHT/098: 24. Linke Literaturmesse - kritisch schreiben kritisch lesen ... (SB)
BERICHT/100: 24. Linke Literaturmesse - nicht einfach nur ein Klassenkampf ... (SB)
BERICHT/101: 24. Linke Literaturmesse - Verbotsopportunisten ... (SB)
INTERVIEW/122: 24. Linke Literaturmesse - ein 68er erinnert sich ... Thorwald Proll im Gespräch (SB)

*... kann aktiven Widerstand gegen staatliche Repression nicht ersetzen
Fotos: © 2019 by Schattenblick*

<http://www.schattenblick.de/info-pool/d-brille/report/dbrb0101.html>



DIE BRILLE / REPORT / BERICHT

24. Linke Literaturmesse - türkische Motive ...



Max Zirngast

Foto: © 2019 by Schattenblick

Meine Verhaftung war eine perverse Bestätigung des Autoritarismus, den ich in den vergangenen paar Jahren aufgezeichnet habe und gegen den ich aufgetreten bin. [...] Sie nahmen davon Abstand, mich offiziell anzuklagen, stattdessen halten sie mich auf Basis vager Terrorvorwürfe fest.

Max Zirngast: Ich bin ein Journalist in einem türkischen Gefängnis. Warum hat Erdogan Angst vor Menschen wie mir? [1]

(SB) 8. November 2019 - Max Zirngast hat Politikwissenschaft und Philosophie an der Universität Wien studiert. Seit 2015 lebte, studierte und arbeitete er in der türkischen Hauptstadt Ankara. Als Journalist und Autor schreibt er für linke Publikationen und Websites wie die Tageszeitung junge Welt, re:volt und Jacobin über die Entwicklungen in der Türkei wie auch zu den USA, zu Europa und zu Kunst und Kultur auf Englisch, Deutsch und Türkisch. Er setzt sich als Aktivist für kurdische Gruppierungen ein, hält Vorträge und steht der prokurdischen Partei HDP nahe.

Am 11. September 2018 wurde Zirngast im Zuge einer Polizeirazzia gemeinsam mit zwei türkischen KollegInnen in Ankara festgenommen und dann inhaftiert. Wie er berichtet, richtete sich die Polizeioperation gegen acht Personen, von denen jedoch vier nicht erwischt wurden. Es sei Standard in der Türkei, bei solchen Aktionen mehrere Leute ins Visier zu nehmen, um daraus eine angebliche Organisation abzuleiten. Werden nicht alle Gesuchten im ersten Zug angetroffen, sei das oft gar nicht so wichtig, weil es vor allem um den Eindruck gehe, der dadurch geschaffen wird. Der Vorwurf war wie so oft in der Türkei Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung. Am 24. Dezember 2018 wurde Zirngast gegen Auflagen aus der Untersuchungshaft entlassen, er durfte das Land jedoch nicht verlassen. Der Prozeß gegen ihn begann am 11. April 2019, wurde aber am ersten Verhandlungstag auf den 11. September 2019 vertagt. Beim zweiten Termin genau ein Jahr nach seiner Festnahme wurden er und die Mitangeklagten Hatice Göz, Burcin Tekdemir und Mithatcan Türekten auf Antrag der Staatsanwaltschaft freigesprochen, das Ausreiseverbot wurde aufgehoben. Obgleich sich die Beweislage nicht im mindesten verändert hatte, beantragte dieselbe Staatsanwaltschaft, die vor Jahresfrist sieben Jahre und sechs Monate Haft gefordert hat-

te, nun den Freispruch. Seit Ende September ist Zirngast wieder in Europa.

"Die Türkei am Scheideweg"

Nachdem die Linke Literaturmesse 2018 ihre Solidarität mit dem damals noch inhaftierten Max Zirngast zum Ausdruck gebracht hatte, war die Freude nun um so größer, ihn in diesem Jahr persönlich bei einer Buchvorstellung in Nürnberg begrüßen zu können. "Die Türkei am Scheideweg und weitere Schriften von Max Zirngast" [2] wurde von der Solidaritätskampagne herausgegeben und enthält größtenteils Texte, die er zumeist im Kollektiv mit zwei Freunden geschrieben hat. Der größte Block des Buches präsentiert eine laufende Kommentierung der Ereignisse in der Türkei seit 2014/2015, darüber hinaus sind auch Texte anderer Autoren aus der Haftzeit und Betrachtungen über den Verlauf des Prozesses, Verteidigungsreden und Interviews nach der Entlassung enthalten.

Nach der Festnahme hatte sich rasch eine Solidaritätskampagne in der Hoffnung gegründet, daß Zirngast nach einigen Tagen in Polizeigewahrsam wieder auf freien Fuß gesetzt würde. Als er jedoch ins Gefängnis kam und ein Ende der Haft nicht abzusehen war, wurde zwangsläufig Schlimmstes befürchtet, weshalb die Unterstützung um so wichtiger wurde. Das im Sommer 2019 erschienene Buch sollte zum einen Schriften vorstellen, von denen einige Teil der Anklage waren und bei der Befragung durch den Staatsanwalt zur Sprache kamen. Dabei ging es unter

anderem um das 2015 von Ismail Küpeli herausgegebene Buch "Kampf um Kobane: Kampf um die Zukunft des Nahen Ostens", das einen Beitrag von Güney Isikara, Alp Kayserilioglu und Max Zirngast enthält [3]. Wie dieser berichtete, wurde ihm fälschlicherweise vorgeworfen, das Buch verfaßt zu haben. Es gehe indessen gar nicht darum, daß die Anklage den Inhalt verstanden hätte, zumal die meisten Texte nicht übersetzt worden seien. Das Reizwort "Kobane" im Titel reiche aus, den Reflex der Strafverfolgung auszulösen.

Zum anderen ging es bei dem Buch darum, die langjährige und kollektive journalistische Arbeit Zirngasts darzustellen. Es sind kritische Texte mit einer klaren politischen Haltung, so der Referent. Sie seien fundiert und auf die bestmögliche Weise mit Quellen belegt, was bei konkreten Ereignissen und Aussagen relativ leicht, aber beispielsweise in Fragen der wirtschaftlichen Entwicklung wesentlich schwieriger sei. Auf die offiziellen Zahlen der türkischen Regierung könne man sich nicht verlassen. Einer seiner Kollegen habe vor kurzem in den USA in Wirtschaftswissenschaften promoviert und eigene Berechnungen angestellt. Nach dessen Angaben widmet die internationale Ökonomie den ständig geänderten Berechnungsmethoden des türkischen Staates eine eigene Unterkategorie der Forschung. Das Buch enthält zumeist Texte mittlerer Länge, manche etwas akademischer, andere journalistischer wie auch kürzere Kommentare. Wenn gleich mit 430 Seiten ein umfangreiches Werk, ist es dank seiner Kompilation doch gut zugänglich und ohne Frage gehalten.

Gründe des Angriffs auf die autonome Selbstverwaltung

Max Zirngast analysierte mit einer kompetenten und positionierten Expertise aus linker Sicht die Gründe des am 9. Oktober eröffneten Angriffskriegs des türkischen Staates auf die autonome Selbstverwaltung in Nordsyrien. Diese völkerrechtswidrige Invasion muß seines Erachtens als ein Ergebnis der Entwicklung der letzten Jahre in der Türkei gesehen werden. In deren Zentrum steht der Rekurs auf die Gründung der türkischen Republik, nämlich die grundsätzliche Feindseligkeit gegenüber der von kurdischen Kräften dominierten Selbstverwaltung und kurdischen Demokratiebestrebungen, die den gesamten Staat von Erdogan bis zu kemalistischen Organisationen eint. Mit dem Zerfall des osmanischen Reiches stand die Gründung der türkischen Republik vor der Frage, ob dieser neue Staat eher mit Nationalismus oder Islamismus oder einem erneuerten Osmanismus konsolidiert werden könne, und diese Debattenstränge setzen sich transformiert heute fort.

Daß eine breite Mehrheit den Krieg unterstützt, hat viel mit der Geschichte der Türkei zu tun. Die türkische Republik wurde von Militärs gegründet, die traditionell einen hohen Stand im Staat haben. Es gab zahlreiche Putsche, von denen viele gescheitert und wenig bekannt sind. Zudem fand in der Gründungsphase aufgrund der damaligen Kräfteverhältnisse eine Verschiebung statt. Zwei Verträge regelten die Nachfolge des Osmanischen Reichs. Einige Fraktionen der Türkei, angeführt von Mustafa Kemal, akzeptierten

den Vertrag von Sevres (1920) nicht, der unter anderem einen armenischen und einen kurdischen Staat vorsah, und erzwangen den Vertrag von Lausanne (1923). Die ursprüngliche Akkumulation in der Türkei hatte sich ab 1915 aus dem Raub vor allem griechisch-armenischen Eigentums zumeist in Form von Landbesitz gespeist und wurde durch ein Bündnis zwischen den Militärs und den Großgrundbesitzern in Zentralanatolien, darunter auch kurdischen, legitimiert. Zwischen 1920 und 1923 verschoben sich jedoch die Kräfteverhältnisse, da die kemalistischen Militärs die anderen Fraktionen ausschalten konnten und auf einen stark anti-kurdischen Kurs setzten. In der Verfassung der Türkei, die mehrfach geändert wurde, steht als einer der drei unveränderlichen Artikel, daß allein die türkische Nation der Träger des Staates ist. Dies wurde immer wieder bekräftigt und vor allem in der Zeit des schmutzigen Krieges gegen die kurdische Bevölkerung in den 90er Jahren in allen Schulen und auf allen Medien unablässig propagiert. Das aufzubrechen sei nicht leicht, so der Referent.

Als zweites Element kommt eine einsetzende Krise der AKP-Regierung hinzu. Das Referendum 2010, bei dem es um die Änderung einiger Artikel der Putschverfassung von 1972 ging, war noch ein großer Erfolg für die AKP, die jedoch 2011 die für Verfassungsänderungen notwendige Dreifünftelmehrheit verlor. Der Gezi-Aufstand brachte breite Teile der Bevölkerung auf die Straße und vertiefte diese Krise. Die Beherrschten machten klar, daß sie, obgleich sie kein alternatives Projekt zum despotischen

Staat hatten, so nicht mehr beherrscht werden wollten. Aufgrund dieses Aufstands kam es zu Konflikten innerhalb der herrschenden Klasse. Der Konflikt zwischen der AKP und der Gülen-Bewegung um Einfluß im Staat war zwar schon älter, er explodierte aber nach Gezi, weil die Gülen-Bewegung ihre Chance sah, sich durchzusetzen. Im Dezember 2013 kam es zu einem Justizputsch, bei dem Korruptionsbeschuldigungen sicher zu Recht, aber aus politischen Gründen erhoben wurden. Dasselbe galt schon für Prozesse gegen die ultranationalistische kemalistische Opposition, die zuvor von der AKP und der Gülen-Bewegung gemeinsam durchgeführt worden waren, um die alte kemalistische Elite aus dem Staat herauszudrängen. Dabei ging es um Leute, die am schmutzigen Krieg gegen die kurdische Bevölkerung beteiligt waren, doch wurden sie nicht dafür, sondern wegen teils erfundener Putschpläne angeklagt. Der Konflikt zwischen der AKP und der Gülen-Bewegung eskalierte dann am blutigsten im Putsch von 2016.

In Deutschland dürfte kaum bekannt sein, daß die Gülen-Bewegung hier sehr aktiv ist. Viele ihrer Kader zogen sich nach dem gescheiterten Putsch nach London, in die USA, aber vor allem in die Bundesrepublik zurück, die aufgrund ihrer großen türkeistämmigen Bevölkerung inzwischen als wichtigstes Organisationsland der Bewegung gilt. Vor kurzem war auf Arte eine gut gelungene Dokumentation mit dem einzigen Makel zu sehen, daß die deutsche, europäische und internationale Verstrickung nicht thematisiert wurde. Die deutschen Waffenlie-

ferungen und Kooperationen werden nicht angesprochen, und die Frage, was die Gülen-Bewegung genau in Deutschland macht und welche Rolle der deutsche Staat dabei spielt, wird nicht gestellt, so Zirngast.

Die Hegemoniekrise setzte sich fort, als die AKP 2015 erstmals die absolute Mehrheit der Abgeordneten im Parlament verlor. Erdogan akzeptierte das nicht und brach nach dem 7. Juni einen Krieg zunächst im Inneren und bald auch in Syrien vom Zaun. Die erste Invasion, damals noch in islamistisch-dschihadistisch dominiertes Gebiet in Al-Bab und Dscharabulus, erfolgte 2016, um die Vereinigung der kurdischen Kantone Kobane und Afrin zu verhindern. Diese Gewaltpolitik setzte eine Spirale der Eskalation in Gang, bei der kurdische Städte im Südosten der Türkei aus der Luft bombardiert, nach dem Putsch vorgefertigte Listen abgearbeitet und Hunderttausende verhaftet wurden. Nach der Gülen-Bewegung ging es sehr schnell auch gegen die linke und kurdische Opposition. Das Regime setzte die Gewalt fort, um mit dem Referendum 2017 das Präsidialsystem durchzusetzen. Es folgte die vorgezogene Wahl 2018, bei der der Präsident erstmals nach dem neuen System gewählt wurde, es kam zu immer mehr Verhaftungen, Hunderttausenden Entlassungen vor allem aus dem Staatsdienst und sehr viele Menschen wurden ins Exil getrieben. Hunderte Medien wurden geschlossen, Internetseiten gesperrt, 250.000 bis 260.000 Menschen sitzen im Gefängnis, davon 40.000 bis 45.000 wegen "Terrorismus" in irgendeiner Form. Viele weitere haben Pro-

zesse laufen, Ausreiseverbote, de facto Berufsverbote.

Das alles hat die Hegemoniekrise nicht gelöst. Gewalt hielt das Regime an der Macht, doch mußte die AKP neue Allianzen eingehen. Auf den Bruch mit der Gülen-Bewegung folgte eine Koalition mit der faschistischen MHP und ein Zusammengehen mit einigen anderen nicht als Partei auftretenden Staatsfraktionen, die in Polizei und Militär sehr gut organisiert und ultranationalistisch sind. Mit dieser neuen Allianz, die sehr viel deutlicher nationalistisch-faschistoid ist, setzte sich zwangsläufig ein antikurdischer Kurs durch, denn diese Allianz verbindet der Haß gegen die Linke und die kurdische Bewegung. Die Türkei hatte schon lange geplant, nicht nur Afrin, das 2018 besetzt wurde, sondern auch das Projekt der Selbstverwaltung in ganz Rojava zu zerstören.

Die Invasion in Nordsyrien spaltet die Opposition

Ein weiterer aktueller Grund für die Invasion war der schwere Schlag, der dem Regime bei den Regionalwahlen 2019 versetzt wurde, als die Opposition sehr viele Gemeinden und vor allem die wichtigsten Städte wie Istanbul und Ankara gewann. Izmir hatte sie ohnehin schon, und zusammen mit weiteren Hafenstädten im Süden konzentrierte sich dort ein großer Teil der türkischen Wirtschaftsleistung. Das Regime antwortete zunächst mit einer teilweisen Liberalisierung, die jedoch, wie immer in der Türkei, rasch ins Gegenteil umschlug. Freisprüche wie der Zirngasts, der noch eher in die Phase der Libe-

ralisierung fiel, dürfen nicht als eine Rückkehr zum Rechtsstaat mißverstanden werden, da es vielmehr um das politische Tagesgeschäft und die aktuellen Kräfteverhältnisse geht. Auf diese Weise wurde verhindert, daß die Opposition den unabdingbaren Schritt nach vorne machte. Sie drängte weder auf Neuwahl noch

der Fokus in Erdogans Reden wieder auf die CHP, die er wieder scharf angreift. Selbst von "Krieg" zu sprechen ist verboten und gilt als Terrorpropaganda. Einige AKP-Politiker haben sehr klar zum Ausdruck gebracht, daß mit dem Krieg die Zustimmung zu ihrer Partei wieder gestiegen ist.



eine neue Verfassung, sondern verlegte sich, angeführt von der CHP und dem Bürgermeister von Istanbul, darauf abzuwarten.

Dafür bekam sie die Rechnung präsentiert. Der Krieg in Nordsyrien spaltete die Opposition, weil ihn sämtliche bürgerlichen Parteien unterstützen, die der Staatsräson den Zuschlag gaben. Zwar gab es einige kritische Stimmen innerhalb der CHP, die das Offensichtliche formulierten, daß dieser Krieg auch gegen sie gerichtet ist. Und tatsächlich verschob sich mit den Abkommen Türkei-USA und Türkei-Rußland

*Unbeugsam in Wort und Schrift ...
Foto: © 2019 by Schattenblick*

Die Gründungsgeschichte der Türkei hatte auch Auswirkungen auf die Linke, die kemalistisch dominiert ist. Dabei geht es um Nähe zum Volk. Dazu ein kemalistisches Zitat: "Für das Volk, wenn es sein muß, gegen den Willen des Volkes" - eine autoritäre, etatistische, von oben aufoktroyierte Modernisierung durch die Kemalisten. Davon ist auch die Linke nicht unbeeindruckt geblieben und hat sehr lange gebraucht, mit dieser Tradition zu brechen, weil sich der türkische

Staat und der Kemalismus als antiimperialistisch dargestellt haben. Deswegen ist heute nur ein Teil der türkischen Linken mit der kurdischen Bewegung solidarisch, während ein anderer diesen Krieg zwar nicht offen unterstützt, aber schweigend hinnimmt. In Kampagnen wie "Hände weg von Syrien!" kommt die kurdische Bevölkerung nicht vor, da nur der Einmarsch in einen souveränen Staat kritisiert wird. Insgesamt bleibt es bei eher zaghaften Protesten, weil die türkische Linke in den letzten Jahren erheblich dezimiert worden ist. Mit Gezi 2013 hätte sie eigentlich einen Aufschwung erleben müssen, doch passiert ist das Gegenteil.

Die Gründe zu untersuchen und zu diskutieren ist sehr wichtig, zumal die Linke eine gewisse gesellschaftliche Relevanz gehabt hatte. Manche Parteien, die vor fünf Jahren am 1. Mai mit bis zu 20.000 Menschen auf der Straße waren, mobilisieren heute keine 100 Leute mehr. Das ist auf die Repression zurückzuführen, zum Teil aber auch auf Fehler, die verschiedenste Gruppierungen der Linken gemacht haben. Das gilt auch für die Gewerkschaften. Die AKP verbietet viele Streiks, und es gibt Gewerkschaften, die das Regime und den Staat vertreten. Dennoch gilt es, alternative Formen zu entwickeln, diese Streikverbote zu umgehen und Angebote zu machen, die ArbeiterInnen zu kämpferischen Gewerkschaften führen. Auch für die Linke stünde die Frage an, welche taktischen Manöver geeignet sein könnten, die staatlichen Verbote zu unterlaufen. Das Protestpotential ist zwar groß, doch existieren kaum Assoziationen, die politi-

sche Subjekte des Widerstands werden könnten.

Krieg statt Brot

Ein weiteres Ziel der Invasion war es, die ökonomische Krise zu überdecken. Denn obgleich die drastischen Stürze der Lira geendet haben, vertieft sich die Krise für die arbeitende Bevölkerung und Arbeitslosen mit jedem Tag. Für das etwas günstigere "Volksbrot" stehen immer längere Schlangen an, vor der Wahl gab es verbilligtes Obst und Gemüse. Das sind palliative Maßnahmen, die die Krise nicht lösen, aber Indikatoren dafür, wie schlecht es der Bevölkerung geht. Dies zu überspielen ist zum Teil gelungen, weil mit dem Krieg ein nationalistischer und chauvinistischer Furor in den Medien, nicht so sehr in der Bevölkerung geschaffen wurde. Einer aktuellen Umfrage zufolge unterstützen zwar 75 Prozent den Krieg, während gleichzeitig 72 Prozent der Ansicht sind, daß sich die ökonomische Lage weiter verschlechtert.

Krieg und Militär rangieren aufgrund der türkischen Geschichte über der Tagespolitik und Fragen des täglichen Brotes. Aber keines der Probleme in der Gesellschaft, angefangen von der Verarmung bis hin zu allen anderen gesellschaftlichen Widersprüchen, den Forderungen der Frauen, der alevitischen Bevölkerung oder der LGBTI-Bewegung ist gelöst. Die Dynamiken, welche die Hegemoniekrise antreiben, werden nicht bewältigt. Die Lage in Syrien hat sich nur zum Teil beruhigt. Die Selbstverwaltung in Rojava hat einen Schlag bekommen, doch

wie schwer er war, hängt nicht zuletzt von den Allianzen ab, die ein Projekt wie Rojava notwendigerweise eingehen muß angesichts der bedrängten Lage, von einer Riesenarmee bedroht und vom syrischen Staat nicht anerkannt zu werden, auch wenn Teile der Selbstverwaltung erhalten bleiben dürften. Das Projekt versucht, sich in einer sehr feindlichen Region über Wasser zu halten, so Zirngast.

Widerspruchslagen in der Bevölkerung

Daß die Demokratie abgebaut wird, dürfte der türkischen Bevölkerung durchaus bewußt sein, doch spielt für viele Menschen die Demokratie im genuinen Sinn gar keine so große Rolle, was historische Gründe hat. Es war immer ein despotischer Staat, der gegen einen großen Teil der Gesellschaft gearbeitet und alle Formen der Opposition schnell niedergeknüppelt hat. Er läßt nicht wie andere bürgerliche Demokratien der Opposition Raum, um sie zu entschärfen, sondern reagiert stets mit Repression. Die sehr heterogenen gesellschaftlichen Gruppen haben im Laufe der Zeit Methoden entwickelt, wie sie mit diesem Staat umgehen, ohne ihn zu verändern, um mit ihm auszukommen. Es wird tatsächlich praktiziert und ist im Alltag erfahrbar, daß etwas nicht geht, aber irgendwie dann doch wieder geht, wenn man die Schlupflöcher findet. Auf einer politischen Ebene bedeutet das, daß ein Großteil der AKP-Wählerschaft durchaus einräumen würde, daß die Regierenden alle korrupt sind und die Opposition unterdrücken, doch die Leute kümmern sich lieber um

ihre Wohnung oder ihr kleines Häuschen und sehen zu, daß sie einen Job bekommen.

Auch die alevitische Bevölkerung, die strukturell durch die türkisch-islamische Synthese gefährdet ist, steht zu einem großen Teil noch immer hinter dem Militär, weil es als Institution des Laizismus die Aleviten als religiöse und kulturelle Minderheit schützt. In Syrien kämpfen indessen nicht reguläre Soldaten, sondern 10.000 bis 15.000 dschihadistische Milizionäre, die dort rekrutiert wurden und dem Militär vorausgeschickt werden, das Luft- und Artillerieunterstützung sicherstellt und die Milizen mit Waffen, Aufklärung und Geheimdienstinformationen versorgt. Wenn AlevitInnen das wahrnehmen und fragen, ob das die Armee ist, die sie schützen soll, sehen sie Milizen, die Aleviten als Ungläubige bezeichnen, die den Tod verdient haben. Dann kann es zu Dynamiken kommen, wo zumindest ein Teil mit dem Militär und damit auch mit der CHP bricht. Die Provinz Hatay, die erst 1939 zur Türkei kam, nach Syrien hineinragt und überwiegend von arabischen Aleviten bewohnt wird, ist die einzige Provinz, in der sich in den letzten Jahren der Prozentanteil der HDP bei jeder Wahl vergrößert hat. Nicht jedoch in den kurdischen Provinzen, wo es durch die Vertreibung, Umsiedlung und Ansiedlung von Militärpersonal zu relativ starken Stimmenverlusten kam. Die arabisch-alevitische Bevölkerung in Hatay, die seit acht Jahren unmittelbar an der Grenze zu diesem Krieg lebt, ist sich sehr bewußt, wer dort kämpft und welche Rolle das türkische Militär spielt. Sie gibt zunehmend den Glauben daran auf,

daß das Militär als Vertreter des Laizismus und Republikanismus sie schützen würde.

Die Islamisierung der Türkei berührt eine sehr schwierige Frage. Einige Statistiken besagen, daß in den letzten Jahren die Zahl der nichtgläubigen Menschen stark gestiegen ist. Das Regime ist inzwischen über Rhetorik hinaus sehr viel stärker nationalistisch als islamistisch aufgrund der Bündnisse, die es eingehen mußte. Islamistische Orden wurden vor allem über Posten im Staat gestärkt und sind Teil dieser Allianzen. Ein Ministerium zu bekommen heißt zugleich, zahlreiche Stellen vergeben zu können. Das gilt auch für Polizei, Militär und alle weiteren Staatsapparate. Einige islamische Vereine haben sich jedoch von der AKP losgesagt und kritisieren sie öffentlich. Sie sind zum Teil sehr konservativ und verwerfen die Abkehr vom wahren Islam oder verlangen einfach nur mehr Geld, es gibt auch einige kleine Gruppierungen islamischer Linker. Den konservativ-religiösen Flügel, der sich immer weniger von der AKP repräsentiert fühlt, aber bei Wahlen nirgendwo anders hingehen kann, versucht der ehemalige Premier und Außenminister Ahmed Davutoglu anzusprechen, während Ali Babacan den wirtschaftsliberalen Flügel vertritt, dem CHP-Bürgermeister von Istanbul, Ekrem Imamoglu, nahesteht und die Institutionen der Türkei wieder in Einklang mit der EU, den USA und dem internationalen Kapital bringen will. Die AKP ist kaum noch eine Partei im klassischen Sinn, da sie zwar formal existiert, aber sich um eine einzige Person konzentriert.

Ausblick auf kommende Kämpfe

Wie geht es in der Türkei weiter? Kommt es dort zu einer Demokratisierung, stärkt das zugleich die Chancen Rojavas. Die gesellschaftlichen Widersprüche bestehen weiter und drängen zur Demokratisierung, angesichts der ökonomischen Situation zeichnet sich eine Periode wachsender Arbeitskämpfe ab. In der Metallindustrie stehen Vertragsverhandlungen an, dort wird am militantesten gekämpft. Jedes Jahr gibt es Verhandlungen über den Mindestlohn, der zwar 2018 angehoben wurde, aber aufgrund höherer Steuern und der Inflation nicht wirklich mehr einbringt als zuvor. Die politische Vertretung dieser demokratischen Bestrebungen wie Gewerkschaften und Parteien sind relativ schwach und auch die Vertretungen anderer gesellschaftlicher Gruppierungen sind weitgehend zerschlagen. Die Ausnahme stellt die kurdische Bewegung dar, die einen starken Organisationsgrad aufweist. Trotz alledem geht Zirngast davon aus, daß es in naher Zukunft zu starken Protesten, Demonstrationen und Streiks kommen könnte. Er verweist dabei auch auf die weltweite Entwicklung, da von Ecuador bis Chile über den Libanon bis hin zum Irak vielerorts Aufstände hervorbrechen, die sich bei aller Verschiedenheit doch im Grunde ähneln, da sie wirtschaftlichen Nöten entspringen. Daß sie in der Türkei bislang nicht in dieser Form in Erscheinung treten, hat viel mit der Repression zu tun, was ihr Auftreten dennoch nicht ausschließt.

Das Regime wird es nicht schaffen, sich zu institutionalisieren,



"Wenn ihre Waffe Gewalt ist, dann ist unsere Solidarität"
 (Max Zirngast in einem Essay kurz nach seinem Freispruch)
 Foto: © 2019 by Schattenblick

die Kämpfe innerhalb der herrschenden Klasse und zwischen den Herrschenden und Beherrschten werden weitergehen, so daß sich die Spirale von Protest und Gewalt noch einige Zeit fortsetzen dürfte. Derzeit ist kein gesellschaftlicher Akteur oder Block vorhanden, der eine neue Hegemonie herstellen könnte. Die Türkei wird sich, wie im Buchtitel zum Ausdruck gebracht, noch einige Zeit am Scheideweg befinden, so der Referent.

Solidarität mit allen politischen Gefangenen

Was die dreimonatige Haftzeit betrifft, sei seine Situation nicht so schlecht wie die zahlloser anderer Häftlinge gewesen. Das hing zu einem großen Teil mit der internationalen Solidarität und der medialen Aufmerksamkeit zusammen. Wenn regelmäßig Anwälte ins Gefängnis kommen, wenn dort ständig angerufen wird, wenn draußen Interesse an dieser Person besteht, ist es

sehr viel schwieriger, eine Form physischer Gewalt auszuüben oder Rechte massiv einzuschränken, so der Referent. Während seine Lage nur von "einigen kleinen Problemen" beeinträchtigt worden sei, gelte das nicht für die generelle Situation in den türkischen Gefängnissen, vor allem in den kurdischen Gebieten. Dort ist in einigen Gefängnissen Folter an der Tagesordnung, die Zellen werden mitten in der Nacht teils mit Hunden durchsucht, das Waschwasser ist eine Kloake, Trinkwasser muß man sowieso kaufen, und es werden verschiedenste andere Formen der Drangsalierung von Häftlingen und Angehörigen angewendet. Oft bekommen die Gefangenen ihre Angehörigen nicht zu sehen, und wenn diese doch Zugang erhalten, müssen sie sich zur Durchsuchung nackt ausziehen. Er selbst sei auch vom Namen her Europäer und deswegen in einer relativ privilegierten Situation gewesen, doch verhalte es sich bei EU-StaatsbürgerInnen ganz anders, die einen türkischen

oder kurdischen Namen haben. Ihnen widerfahre weder mediale Aufmerksamkeit noch Solidarität, weil die europäischen Staaten sie nicht als vollwertige StaatsbürgerInnen betrachten, auch wenn sie das nie so formulieren würden.

Max Zirngast dankte zum Abschluß der Linken Literaturmesse noch einmal für die Solidarität im letzten Jahr. Was in Deutschland, Österreich, der Schweiz und weiteren Ländern in diesem Sinne unternommen wurde, sei wirklich großartig, auch wenn er im Gefängnis nur einen Bruchteil davon mitbekommen habe. "Ich habe jedoch immer gespürt, daß da sehr viele Leute solidarisch sind. Das brauchen alle Gefangenen, und die politischen Gefangenen haben das besonders nötig."

Anmerkungen:

[1] Orf.at: Zirngast analysiert in "Washington Post" Erdogan, 2. Dezember 2018

[2] Solidaritätskampagne #FreeMaxZirngast (Hg.): Die Türkei am Scheideweg und weitere Schriften von Max Zirngast, edition assemblage Münster 2019, 432 Seiten, 12,50 EUR, ISBN 978-3-96042-060-6

[3] Güney Isikara, Alp Kayserilioglu und Max Zirngast: "Die AKP als neuer Prinz: Die Hegemonie des Finanzkapitals und ihre Widersprüche", in: Ismail Küpeli (Hrsg.), Kampf um Kobane: Kampf um die Zukunft des Nahen Ostens, edition assemblage Münster 2015, ISBN 978-3-94288-589-8.

<http://www.schattenblick.de/infopool/d-brille/report/dbrb0102.html>

DIE BRILLE / REPORT / BERICHT

**24. Linke Literaturmesse -
vereint gegen Klimafolgen und System ...**

Klara Beck und Alina Nüßing im Gespräch

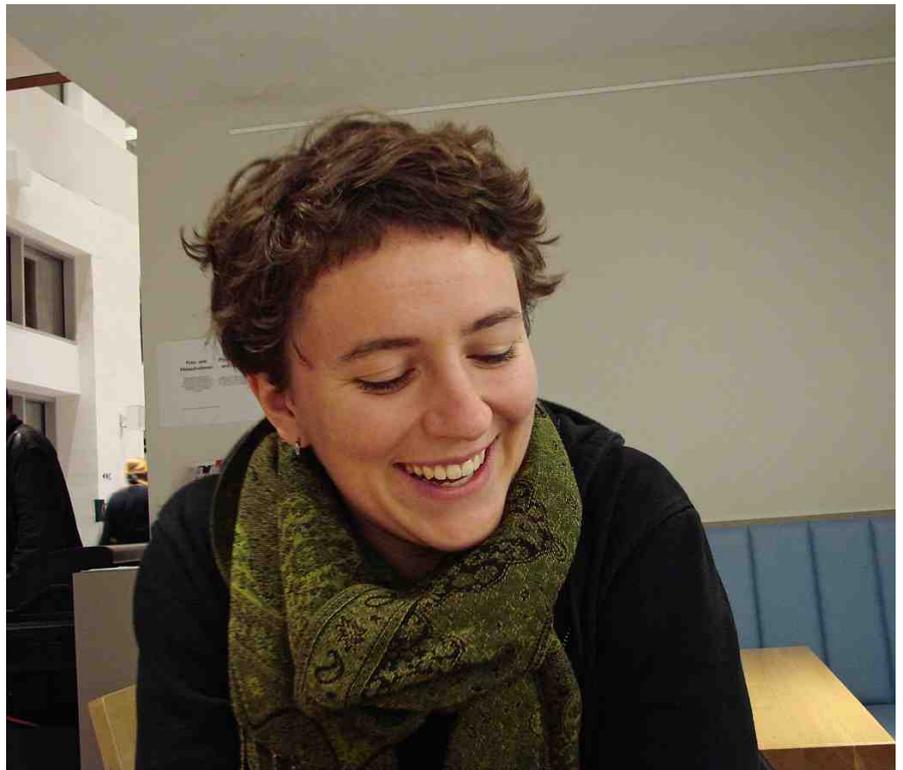
Interview am 1. November 2019 in Nürnberg

Mit Klara Beck und Alina Nüßing nahmen zwei junge Aktivistinnen der Klimagerechtigkeitsbewegung an der Auftaktveranstaltung der 24. Linken Literaturmesse in Nürnberg teil. [1] Auf der Podiumsdiskussion zum Thema "Klima kaputt - Nachhaltige Zerstörung oder Rettung?" vertraten sie einen intersektionalistischen Ansatz, bei dem sie ihr Engagement für Klimagerechtigkeit mit feministischen, antikapitalistischen, antirassistischen und antikolonialistischen Positionen verschränkt verstanden wissen wollen.

Im Anschluß an die Veranstaltung konnte der Schattenblick die Gelegenheit nutzen, mit Klara Beck und Alina Nüßing über ihre politischen Auffassungen, Erfahrungen und Zukunftspläne zu sprechen.

Schattenblick (SB): Könnt ihr euch kurz vorstellen und erzählen, was ihr macht und wo ihr euch engagiert?

Alina Nüßing (AN): Ich bin hauptsächlich bei Attac Deutschland aktiv, sitze mittlerweile auch im Kokreis [2] und arbeite bei "Junges Attac". Ansonsten bin ich in verschiedenen Klimagerechtigkeitsbewegungen organisiert und in Gruppierungen, die zum Thema Flucht und Asyl arbeiten.



Klara Beck (KB): Ich mache relativ ähnliche Sachen wie Alina. Bei Attac bin ich nicht so sehr auf Bundesebene, sondern auch eher in der Jugendgruppe aktiv. Wir studieren beide in Bamberg und beteiligen uns an der Arbeit mit Geflüchteten. Es gibt dort ein Ankerzentrum, wozu wir auch versuchen, politisch zu arbeiten.

SB: Wie ist es denn bei euch zu eurem Engagement gekommen? Wie ist euer politischer oder aktivistischer Werdegang?

*Klara Beck
Foto: © 2019 by Schattenblick*

AN: Ich bin so ein bißchen politisiert worden durch die Nazi-Demonstrationen, die bei uns zu Hause immer irgendwie eine Rolle gespielt haben. Deswegen war es auch so, daß wir schon früh auf die Straße gegangen sind bei den Demonstrationen gegen die Nazis. Ich habe mich da dann mehr eingearbeitet, mein Themenspektrum erweitert und bin schließlich zur Klimagerechtigkeitsbewegung gekommen.
KB: Ich bin tatsächlich erst rela-

tiv spät politisiert worden. Als ich angefangen habe zu studieren, bin ich zu Attac gekommen. Das war so ein bißchen per Zufall, weil ich mich dort wohlfühlt habe, aber auch, weil da viele Themen angesprochen wurden, die mich schon lange beschäftigt haben, einfach grundsätzliche Themen wie globale Gerechtigkeit, aber auch wirtschaftliche Fragestellungen, die bei Attac ja viel Raum einnehmen und wo ich mich einfach gut wiedergefunden habe. Dann bin ich auch noch auf die Arbeit mit Geflüchteten und auf antirassistische Arbeit gekommen vor allem wegen des Ankerzentrums in Bamberg. Das läßt einen nicht mehr los, wenn man einmal entdeckt hat, daß es diese Realität gibt in oder vielmehr neben unserer Gesellschaft. Da kann man nicht mehr einfach so weitermachen ohne zu versuchen, da irgendwie zu arbeiten.

SB: Bei Fridays for Future steht die Forderung an die Bundesregierung, in der Klimapolitik endlich ihre Aufgaben zu machen, stark im Vordergrund. Mich würde interessieren, ob ihr damit konform geht oder ob ihr sagen würdet, daß ihr euch demgegenüber in gewisser Weise bereits radikalisiert habt.

AN: Eine Radikalisierung im Politischen gab es bei mir auf jeden Fall. Ich würde aber nicht sagen, daß das erst in der Klimagerechtigkeitsbewegung passiert ist, sondern schon vorher. Als ich in der antifaschistischen Arbeit aktiv war und das mein Hauptding war, habe ich schnell gemerkt: Wenn wir wirklich was machen wollen, müssen wir auf die Straße gehen und blockieren. Dementsprechend war das für

mich der Punkt, an dem ich angefangen habe, mich weiter zu radikalieren. In der Klimagerechtigkeitsbewegung hat man es mit einem systematischen Problem zu tun, wobei meiner Meinung nach eine gewisse Radikalität nötig ist, um das Ganze überhaupt in dem Sinne zu formulieren.

KB: Bei mir ist es so, daß diese Staatsgläubigkeit, wenn man das so nennen will, also das Vertrauen darauf, daß das funktionieren würde, wenn die Regierung das tut, was sie tun sollte, an manchen Stellen schon gebröckelt ist. Zum Beispiel auch in der Arbeit mit Geflüchteten, wenn man einfach sieht, was der Staat tut und was er tun sollte. Der arbeitet mehr oder weniger nach Gesetzen, und trotzdem ist das super-grauenvoll. Die Ankerzentren wurden ja politisch beschlossen. Da gibt es schon sehr starke Brüche. Ich finde es auch wichtig zu sehen, daß die Klimakrise eine Systemfrage ist und daß unsere Regierung dieses System stützt. Ich habe keine fertige Antwort, wie wir es anders machen können, aber das ist auf jeden Fall ein Bruch.

SB: Ihr habt in der Veranstaltung heute betont, daß verschiedene Dinge zusammengedacht und -vertreten werden müssen. Ich könnte mir vorstellen, daß man mit solch einem intersektionalistischen Ansatz vielen Leuten auf die Füße tritt, die vielleicht an einem Punkt mit euch übereinstimmen, aber in anderen Fragen überhaupt nicht. Habt ihr solche oder ähnliche Erfahrungen schon gemacht?

KB: Eigentlich nicht so sehr. Nach meiner Erfahrung ist es so, daß oft einfach nicht so gedacht wird und daß das nicht präsent ist. Wenn wir

zum Beispiel vertreten, den Feminismus mit der Klimafrage zu verschränken, sind Leute oft irgendwie verwirrt und gehen auf's erste vielleicht nicht mit. Aber ich erlebe es auch anders, wenn man bei der Klimafrage zum Beispiel die soziale Dimension mit reindenkt und das dann erklärt. Wir haben zum Beispiel eine Aktion gemacht, bei der es um Autohäuser ging. Da haben sich ganz viele Leute erst angegriffen gefühlt, so nach dem Motto: "Wie, ich soll jetzt nicht mehr Auto fahren? Ich muß aber Auto fahren!" Da habe ich - nicht immer - gute Erfahrungen im Gespräch gemacht, wenn man versucht zu erklären: "Also es geht nicht um dich und dein persönliches Auto, sondern um eine Verkehrswende, und wir wollen Möglichkeiten schaffen, daß du trotzdem in die Stadt kommen kannst." Ich glaube, daß es viele Möglichkeiten gibt, die Intersektionalität zu erklären, aber es braucht den Willen zum Zuhören und auch viel Geduld, es zu erklären.

AN: Ich möchte das ein bißchen radikaler formulieren, denn ich habe schon die Erfahrung gemacht, gerade, wenn man das Feminismus-Thema anspricht, daß man in älteren linken Strukturen häufiger nicht gehört wird. Das ist so ein bißchen wie: "Da kommt jetzt das junge Mädel und möchte hier irgendwie ihr Ding durchpressen." Ich persönlich sehe das so, daß gerade viele junge Bewegungen, die es aktuell gibt, das irgendwie mitdenken und daß gerade Feminismus ein Thema ist, das in dem, wie wir arbeiten, einfach mit aufgenommen wird. Wenn man sich zum Beispiel "Ende Gelände" anschaut, da sind drei von vier PressesprecherInnen weiblich. Es ist jetzt nicht so, daß das

unser Hauptthema wäre. Aber trotzdem wünschen wir uns eine solidarische Gesellschaft, und da muß Feminismus einfach mitgedacht werden. Deshalb bauen wird das in die Art, wie wir politisch arbeiten, also in unsere Strukturen, mit ein.

AN: "Sand im Getriebe" ist ein Bündnis, das sehr speziell für die Blockaden der IAA gegründet wurde, die ja auch nur alle zwei Jahre stattfindet, wobei fraglich ist, ob sie überhaupt in dieser Form weiterbestehen wird oder nicht. Dementsprechend kann

le Personen, die weiter Lust haben, an dem Thema zu arbeiten, das auch in irgendwelchen Kontexten tun werden.

KB: Wir haben zum Beispiel in Bamberg eine kleinere, der Stadtgröße angemessene Blockade-Aktion mit Parkhäusern gemacht. Es gibt durchaus noch mehr Ideen, vor allem zum Thema Verkehr, für viele kreative Aktionen, die man einfach auf den Straßen machen kann. Da wird noch viel passieren. Ich finde, das ist ein dankbares Thema in dieser ganzen Klimagerechtigkeitsbewegung, weil man sich ohnehin jeden Tag auf der Straße bewegt.

SB: Wie habt ihr das denn erlebt bei Fridays for Future, die ja keine innere Struktur oder Hierarchie haben, die irgendwie offiziell legitimiert wäre? Kann zum Beispiel die Frage, wer als SprecherIn auftritt, irgendwie zum Problem werden in einer solchen Bewegung? Wie geht man damit um?

AN: Ich kann jetzt nicht unbedingt für Fridays for Future sprechen, weil ich da nicht organisiert bin. Aber grundsätzlich ist es immer eine Problematik, daß wir in vielen Bündnissen Einzelpersonen haben, die viel vorne stehen. Ich persönlich würde aber sagen, daß gerade Fridays for Future versucht, da einen sehr guten Weg zu gehen und zu verschiedenen Events auch verschiedene Leute hinzuschicken - 'mal spricht diese Person, 'mal jene. Ich glaube, gerade bei Fridays for Future ist es nicht so, daß es die eine Person in Deutschland gibt, sondern daß das Bündnis sehr viel macht, um das auf verschiedene Leute zu verteilen.



Alina Nüßing

Foto: © 2019 by Schattenblick

SB: Ihr habt euch auch im Bündnis "Sand im Getriebe" engagiert. Wie es es zu diesem Namen gekommen?

AN: Das kann ich nicht so genau sagen, weil ich erst zum Bündnis gekommen bin, als der Name und das Konzept "IAA blockieren" [3] schon stand. Der Name ist auf jeden Fall sehr passend.

KB: Das geht mir ähnlich. Ich war bei der Namensfindung nicht dabei.

SB: Meint ihr, daß das eine eher einmalige Aktion war oder gibt es vielleicht schon eine längerfristige Planung, weitere Blockaden zu machen?

man jetzt auch noch nicht sagen, ob "Sand im Getriebe" in dieser Zusammensetzung noch einmal auftreten wird oder nicht. Ich schätze, das werden die Leute im Bündnis entscheiden, glaube aber schon, daß alle Beteiligten in irgendeiner Form, vielleicht auch in anderen Bündnissen, weiter zu dem Thema arbeiten werden.

Um jetzt zum Beispiel einmal Attac ins Spiel zu bringen: Da gibt es aktuell eine Kampagne, die heißt "einfach.umsteigen" [4]. Die hat sich dem Thema Verkehrswende gewidmet und versucht, von der Antriebswende weg hin zu einer Mobilitätswende zu kommen. Es gibt bereits viele Gruppen und Bündnisse, die dazu arbeiten. Ich schätze, daß al-

KB: Klar bilden sich nationale Strukturen heraus. Das ist ja auch ganz normal, wenn man zum Beispiel wie Fridays for Future einen Sommerkongreß [5] macht. Ich denke, das ist auch wichtig, um sich verknüpfen und koordinieren und große Aktionstage und so weiter organisieren zu können. Ich würde Alina zustimmen, daß das eigentlich ganz gut läuft und daß es tatsächlich eine Graswurzelbewegung in dem Sinne ist, daß die einzelnen Gruppen ihre eigenen Dynamiken und demokratischen Prozesse haben und bestimmen, was sie machen wollen.

SB: Habt ihr schon einmal das Argument gedanklich durchgespielt, daß, um der Klimakatastrophe wirksam entgegenzutreten, ein starker Staat und auch auf internationaler Ebene eine entsprechende Institution erforderlich wäre, die die erforderlichen Maßnahmen durchsetzen kann?

AN: Ich denke, das zielt auf die Aussage ab, wir bräuchten eine Ökodiktatur. Ich finde diesen Ansatz super-problematisch, weil wir damit wieder zu einem autoritären, diktatorischen Staatsmodell kommen, was ich absolut ablehne. Dementsprechend finde ich auch Tendenzen in diese Richtung sehr problematisch, muß aber auch sagen, daß ich mich damit noch nicht so intensiv auseinandergesetzt habe, weil ich das für mich persönlich überhaupt nicht als realistische Alternative wahrnehme.

KB: Ich denke, daß es, was in der Diskussion oft zu kurz kommt, auch viel darum geht, Angebote zu schaffen. Meiner Meinung nach ist das super-wichtig, was den individuellen Konsum be-

trifft. Zum Beispiel ist kostenloser Nahverkehr eine ganz wichtige Sache, weil es nicht darum geht, Leuten Autos zu verbieten, sondern darum, für einen ausreichenden Nahverkehr zu sorgen. Das wäre dann in gewisser Weise ein stärkerer Staat, weil solch ein Nahverkehr wahrscheinlich öffentlich, also staatlich wäre, aber es wäre nicht so, daß der Staat dadurch autoritärer wird. Klar funktioniert dieser Ansatz nicht bei allem, aber ich denke, das ist auf jeden Fall ein wichtiger Punkt.

SB: Auf der Podiumsdiskussion vorhin wurde mit Rojava ein Modell angesprochen, das ja auch die ökologische Frage mit der Geschlechtergerechtigkeit verknüpfen will in einem anderen staatlichen Entwurf. Es wurde von allen Mächten nicht nur im Stich gelassen, sondern niedergemacht, weshalb in dem Wortbeitrag formuliert wurde, wie die Machtfrage zu lösen sei in der Konfrontation zum Beispiel auch mit der staatlichen Gewalt. Wie seht ihr das? Glaubt ihr, daß das ein Thema ist, das jetzt auch in der Klimabewegung aktuell wird?

KB: Ich denke schon. Ich finde, das ist zweigleisig. Meiner Meinung nach ist es ganz wichtig zu sagen, daß die Klimafrage eine systemische ist. Das muß man immer so sehen. Man kann nicht einfach sagen: "Das sind die Bösen da oben, die wollen nur ihre Profite einheimen." Das finde ich gefährlich. Aber andererseits gibt es natürlich auch Machtstrukturen und Machtressourcen, die dieses System erhalten, und an dem setzen wir auch an. Bei Konzernen wie RWE ist es ja auch so, daß es immer 'mal Hebel gibt, wo man einfach ein bißchen

reindrücken kann, was dann auch sehr sinnvoll ist.

AN: Dem würde ich zustimmen. Zum Beispiel die Blockade-Aktion bei der IAA, die war ja ganz konkret. Wir legen uns mit den Konzernen an. Ich glaube, das hat relativ gut funktioniert, weil es eine öffentliche Diskursverschiebung gab, die in die Richtung gegangen ist, die wir wollten. Wir haben es geschafft, die Mobilitätswende mehr in den Diskurs zu bringen.

SB: Vielen Dank, Alina und Klara, für das Gespräch.

Anmerkungen:

[1] Siehe den Bericht zur Auftaktveranstaltung im Schattenblick unter: www.schattenblick.de → INFOPOOL → DIE BRILLE → REPORT: BERICHT/100: 24. Linke Literaturmesse - nicht einfach nur ein Klassenkampf ... (SB)

[2] Gemeint ist Attacs Koordinierungskreis (2019-2020) www.attac.de/was-ist-attac/strukturen/gremien/kokreis/mitglieder

[3] Am 15. September 2019 haben nach Angaben des Aktionsbündnisses "Sand im Getriebe" 1000 Klimaaktivist*innen die Haupteingänge der Internationalen Automobil-Ausstellung (IAA) in Frankfurt friedlich blockiert: <https://sand-im-getriebe.mobi/>

[4] <https://www.attac.de/kampagnen/verkehrswende/kampagne-einfachumsteigen/>

[5] <https://kongress.fridaysforfuture.de/>

<http://www.schattenblick.de/infopool/d-brille/report/dbri0123.html>

Allgemeingültig - die regelbasierte internationale Ordnung ...

"Wir treten gemeinsam nachdrücklich für eine regelbasierte internationale Ordnung ein. Die Vereinten Nationen, ihre Organe und Verfahren stehen im Zentrum dieser internationalen Ordnung, die wir entschlossen verteidigen."
(Erklärung der Außenminister anlässlich des Deutsch-Französischen Ministerrats vom 16. Oktober 2019 [1])

(SB) 8. November 2019 - Die "regelbasierte internationale Ordnung" ist ein Kampfbegriff, mit dem die westliche Staatengemeinschaft Absolutheitsanspruch für ihr bevorzugtes politisches System erhebt. Unliebsame Staaten werden dadurch ausgegrenzt. In den meisten Fällen wird den Vereinten Nationen die Rolle zugesprochen, die regelbasierte internationale Ordnung zu gewährleisten. Allerdings werden Rußland und China für ihre gelegentliche, mutmaßliche Blockadehaltung bei Abstimmungen im UN-Sicherheitsrat bezichtigt, während umgekehrt die USA, Frankreich und Großbritannien Völkerrechtsverletzungen begehen und rechtfertigen. Das macht die Vereinten Nationen zu einem diplomatischen Schlachtfeld.

Eine regelbasierte internationale Ordnung beruht nicht auf einem natürlichen Recht, unhinterfragbaren Normen oder gewohnten Verhaltensweisen. Sie beruht vielmehr darauf, daß ein oder mehrere staatliche Subjekte die

Fähigkeit besitzen, ihre Vorstellung von Ordnung und Regeln durchzusetzen, notfalls sogar die eigene Rechtsauffassung mit militärischen Mitteln anderen staatlichen Subjekten aufzunötigen.

So stellen die Luftangriffe der USA, Großbritanniens und Frankreichs im vergangenen Jahr auf Syrien nach verbreiteter Rechtsauffassung einen klaren Bruch des Völkerrechts dar. [2] Das sehen diese Staaten nicht so, sondern sie berufen sich auf ihr mutmaßliches Recht, einen Giftgaseinsatz der syrischen Regierung gegen die eigene Bevölkerung vereiteln zu wollen bzw. die Regierung dafür zu bestrafen, daß sie das angeblich bereits getan hat. Die deutsche Regierung hat die völkerrechtswidrigen Angriffe als "angemessen" und "notwendig" bezeichnet. [3]

Nach Lesart des Westens hat Syrien die regelbasierte internationale Ordnung verletzt. Rußland hingegen hat die Angriffe auf Syrien scharf verurteilt und den Angreifern mit Konsequenzen gedroht. Welches Recht sich an welcher Stelle durchsetzt, hängt offenbar von der Machtposition der Beteiligten ab. Beispielsweise wäre die syrische Regierung umgekehrt gar nicht in der Lage gewesen, Luftangriffe auf US-amerikanische Biowaffenlabore in Fort Detrick zu fliegen, obwohl dort, um ein weiter zurückliegendes Beispiel zu nehmen,

Milzbrandsporen entwickelt wurden, die jemand, der sich möglicherweise im Staatsdienst befindet, gegen die eigene Bevölkerung eingesetzt hat. Um Schlimmeres zu verhindern und größeren Schaden abzuwenden sowie eingedenk der offenkundig unzureichenden Schutzmaßnahmen der US-Regierung - fünf Personen sind an den Sporen gestorben - wäre eine humanitäre Intervention mit Luftschlägen wegen dieser "barbarischen" Taten vorstellbar. Zumindest in der Theorie.

Die USA unter Donald Trump verlassen die regelbasierte internationale Ordnung, wie sie bisher von ihren Beteiligten mehr oder weniger abgesprochen war, bzw. sie interpretieren sie neu, indem sie sich selbst an die Spitze der Ordnung stellen und fortan Weltpolitik mit Sanktionen, Aufhebung internationaler Verträge (Atomabkommen mit Iran, Klimaschutzübereinkommen von Paris) und der Androhung völliger Zerstörung, wenn ein Staat sich nicht unterwirft, betreiben.

Entgegen einer häufig kolportierten Ansicht bricht diese America-first-Politik jedoch nicht mit einer regelbasierten Ordnung, sondern sie legt sie neu aus. Denn, wie gesagt, wer über die erforderlichen Machtmittel verfügt, kann seine Rechtsauffassung durchsetzen, ohne sich zwingend selbst daran halten zu müssen.

Was hatte die Afrikanische Union 2011 bis zum Schluß gefleht, den Libyen-Konflikt auf diplomatischem Wege lösen zu wollen - es hatte nichts genutzt. Vor allem Frankreich und Großbritannien waren so erpicht darauf, den libyschen Revolutionsführer Muamar Gaddafi in die Schranken zu weisen, daß sie die AU-Diplomaten gar nicht erst einreisen ließen und statt dessen Luftangriffe auf das Land flogen. Libyen, das damals mit die höchsten Gesundheits- und Sozialstandards in ganz Afrika besaß, wurde nachhaltig zerstört und ist bis heute Bürgerkriegsland - ein Ergebnis der regelbasierten internationalen Ordnung.

Auf andere Weise, aber mit ähnlichen Folgen waren zuvor Jugoslawien und Irak von NATO-Staaten humanitär-interventionistisch zerschlagen worden. Die Eingliederung der Krim in das russische Territorium ist völkerrechtlich nicht weniger umstritten. Welche Interpretation der regelbasierten internationalen Ordnung sich letztendlich durchsetzt, ist offen und hängt davon ab, wer der Stärkere ist. Wobei sich die Stärke nicht aufs Militärische beschränkt, aber auch nicht darauf verzichten kann, mit dem Militär zu drohen oder es einzusetzen, wenn die "Umstände" es erfordern sollten.

Wer bei einem Spiel die Regeln verletzt, erhält normalerweise die rote Karte und wird vom Spiel ausgeschlossen. Wer in der Geopolitik die Regeln verletzt, wird womöglich sanktioniert und wirtschaftlich, politisch und kulturell aus der "Gemeinschaft" ausgeschlossen. Aber wer stellt die Regeln auf? Wer hat das Recht, sie

gegebenenfalls zu erweitern oder zu streichen? Wessen Interpretation der Regeln gilt, und warum sollten sich andere nach ihnen richten, zumal wenn es zu ihrem Nachteil wäre? Das Völkerrecht hat keine oberste Instanz, es setzt sich aus einem Konglomerat an Verträgen, Gewohnheiten und Absprachen zusammen. Darum ist es interpretierbar, und es ist der Willkür desjenigen überlassen, der anderen eine Regelwidrigkeit vorwirft, ob er sich selbst an die Regel hält oder nicht.

Wenn im politischen Diskurs die Einhaltung der regelbasierten internationalen Ordnung angemahnt wird, wie es von Deutschland, Frankreich, dem Vereinigten Königreich und den USA (in der Prä-Trump-Ära) regelmäßig getan wird, dann diene diese Ordnung in erster Linie dazu, andere wahlweise auszugrenzen, zu unterwerfen und sich selbst als Nationalstaat in eine möglichst vorteilhafte Position zu bringen. Insofern kann diese Ordnung hinsichtlich der mit ihr verbundenen Interessen nicht unhinterfragt bleiben, auch nicht als schützenswerter Gegenpol zum Unilateralismus der USA unter Donald Trump.

Anmerkungen:

[1] tinyurl.com/y3dxm8kj

[2] <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/033/1903319.pdf>

[3] <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/035/1903512.pdf>

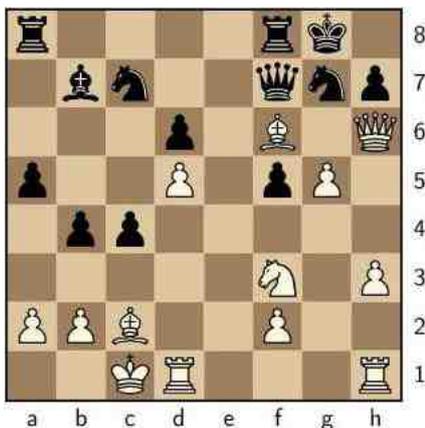
<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/meinung/pola1353.html>

SCHACH - SPHINX

Nichts für einen schwachen Geist

(SB) - Sicher waren es persönliche Erfahrungen und Enttäuschungen, die Wilhelm Steinitz, den ersten offiziellen Weltmeister in der Schachgeschichte, dazu bewogen, den Stil seiner Zeitgenossen, den er zu Beginn seiner Karriere selbst praktizierte, von Grund auf zu hinterfragen. Angefeuert von den Erfolgen solcher Galionsfiguren wie Adolf Anderssen ahmte auch Steinitz zunächst dessen kombinationsträchtige, doch mehr waghalsig als logisch begründete Spielweise nach. Doch Steinitz war jemand, der im Schach kein Spiel oder Schelmenstück sah. "Schach ist mühevoll, es erfordert Arbeit, und mich kann allein die ernsthafte geistige Auseinandersetzung und hingebungsvolle Forschung befriedigen. Nur schonungslose Kritik führt zum Ziel." Also begann er damit, die Partien seiner Meisterkollegen auf ihren tatsächlichen Wert hin zu untersuchen mit der für ihn eigenen Verbissenheit, und er erkannte, daß oftmals nur eine mangelhafte Verteidigung dem Glanz und taktischen Sieg Vorschub geleistet hatte, daß die seinerzeit derart in Mode gekommene Opferpraxis, ja blinde Hingabe bei weitem nicht wissenschaftlichen Standards genüge. So stellte Steinitz Prinzipien auf, die nachvollziehbar waren von jedermann und die verbürgten, daß das Schach auf gesunden positionellen Füßen gestellt wurde. Im heutigen Rätsel der Sphinx führte Steinitz sein System zu einem Sieg über den Engländer James Henry Black-

burne, der dieses Mal mit den schwarzen Steinen kein Glück haben sollte. Steinitz beendete die Partie nach einer gelungenen Anhäufung unbestreitbarer Stellungsvorteile nun mit einer durchschlagenden Kombination, Wanderer.



Steinitz - Blackburne
London 1876

Auflösung des letzten Sphinx-Rätsels:

Wie tauglich das System seiner Forschung war, wird dadurch belegt, daß Emanuel Lasker bereits 67 Jahre zählte, als er die weit gestaffelte Gewinnkombination fand: 1.Tf1xf6! g7xf6 2.Dd1-h5+ Ke8-d8 - auch andere Königszüge verlieren, zum Beispiel 2...Ke8-d7 3.Dh5-f7+ Lf8-e7 4.Sd4-f5! Th8-e8 5.Ta1-d1 d6-d5 6.Sc3xd5 e6xd5 7.Td1xd5+ oder 2...Ke8-e7 3.Sd4-f5+ e6xf5 4.Sc3-d5+ Ke7-d8 5.Le3-b6+ Kd8-d7 6.Dh5-f7+ Kd7-c6 7.Df7-c7+ - 3.Dh5-f7 Lc8-d7 - 3...Lf8-e7 4.Sd4-f5! Th8-e8 5.Sf5xd6! Le7xd6 6.Le3-b6+ Ld6-c7 7.Ta1-d1+ - 4.Df7xf6+ Kd8-c7 5.Df6xh8 Lf8-h6 - eine kleine Ausrede? - 6.Sd4xe6+! Dc4xe6+ - 6...Ld7xe6 7.Dh8xh7+ nebst 8.Dh7xh6 - 7.Dh8xa8 Lh6xe3+ 8.Kg1-h1 und Schwarz gab auf.

EUROPOOL / POLITIK / SPANIEN

Internationale Presseagentur Pressenza - Büro Berlin

Parlamentswahlen in Spanien -

Ist das Land (un)regierbar?

von Jairo Gomez, Neue Debatte, 7. November 2019

In Spanien finden am kommenden Sonntag Parlamentswahlen statt. Seit 2015 ist es schon das vierte Mal, dass die Bürgerinnen und Bürger dafür an die Wahlurnen gerufen werden. Politische Stabilität sieht anders aus. Ist das Land unregierbar? Die Chronologie eines demokratischen Trauerspiels.

Der Niedergang der Volksparteien

2011 hatte die rechtskonservative Partido Popular (PP; Volkspartei), quasi das Gegenstück zur Deutschen CSU, mit einem Stimmenanteil von 44,86 % [1] und 186 von insgesamt 350 Sitzen noch die absolute Mehrheit im spanischen Parlament. Die zweitstärkste Kraft war die PSOE [2] (Sozialistische Arbeiter Partei Spaniens). Sie bekam 28,76 % der Stimmen und 110 Sitze. Weit abgeschlagen mit 4,17 % und 16 Sitzen war die CiU, ein katalanisches Wahlbündnis kleiner regionaler Parteien bestehend aus CDC (Demokratischer Pakt Kataloniens) und UDC (Demokratische Union Kataloniens).

Vier Jahre später änderte sich die politische Landschaft drastisch. Bei den Parlamentswahlen am 20.

Dezember 2015 zogen mit der im März 2014 gegründeten sozialistisch ausgerichteten Partei Podemos ("Wir können") und der rechtsgerichteten Ciudadanos ("Bürger") zwei Kräfte ins spanische Parlament ein, denen es gelang, den bis dahin bestehenden Block der beiden großen Volksparteien aufzubrechen. Die Ära des "bipartidismo" (Zweiparteiensystem) wurde damit beendet.

Zwar ging die PP erneut als stärkste Kraft aus den Wahlen hervor, verzeichnete aber erhebliche Stimmenverluste. Mit 28,72 % (123 Sitze) blieb sie die stärkste Partei, verfehlte die absolute Mehrheit allerdings deutlich. Eine Alleinregierung war nicht möglich. Auch die zweitstärkste Partei, die PSOE, erlitt herbe Verluste. Sie bekam nur noch 22,01 % der Stimmen (90 Sitze). Knapp hinter der PSOE landete Podemos mit 20,66 % (69 Sitze) und war damit die drittstärkste Kraft im Parlament. Ciudadanos erhielt 13,93 % (40 Sitze).

Um zu regieren, brauchte die PP einen Partner. Aber keine Partei war bereit, eine Koalition einzugehen. Denn niemand wollte sich die Finger verbrennen. Im Vorfeld der Wahlen waren zahlreiche Korruptionsaffären bekannt ge-

worden, in die Politiker der PP involviert gewesen sind. Allein in der autonomen Region Valencia wurden 77 Fälle aufgedeckt. Unter ihnen die Korruptionsfälle "Noos" [3] und "Gürtel" [4]. Bis heute wurden in Spanien insgesamt 588 Korruptionsfälle [5] bekannt, in die Mitglieder der Partido Popular direkt oder indirekt verwickelt sind.

Neuwahlen, Neuwahlen und nochmals Neuwahlen

Die dreimonatige Frist zur Regierungsbildung verstrich ergebnislos und es wurden für den 26. Juni 2016 Neuwahlen angesetzt. Podemos und Izquierda Unida [6] ("Vereinigte Linke") schlossen sich zum Wahlbündnis Unidos Podemos [7] zusammen. Am Ende blieb praktisch alles beim Alten. Die Ergebnisse waren wie folgt: PP 33,03 % (137 Sitze), PSOE 22,66 % (85 Sitze), Unidos Podemos 21,10 % (71 Sitze), Ciudadanos 13,05 % (32 Sitze).

Der Stimmenzuwachs bei der PP lässt sich im Nachklang mit der aufkommenden Krise in Katalonien erklären. Die Unabhängigkeitsbestrebungen [8] der Katalanen lenkten von den Korruptionsfällen der PP ab. Die Schwächung der PSOE resultierte aus internen Machtproben und dem externen Druck der wirtschaftlichen, medialen und finanziellen Machtzentren.

Zunächst kam es zu einem Machtkampf zwischen dem ehemaligen Ministerpräsidenten Felipe Gonzalez [9] und dem neu gewählten Parteichef und Spitzenkandidaten Pedro Sanchez

[10]. Während letzterer sich für eine Zusammenarbeit mit Unidos Podemos aussprach, stieß er in dieser Frage auf den erbitterten Widerstand des ehemaligen Regierungschefs. Hinzu kam, dass Sanchez in einem Interview [11] mit dem in Spanien sehr populären Journalisten Jordi Evole offen zugab, dass ihn der Chef der Medien Gruppe PRISA [12] persönlich angerufen und bedrängt habe, von einer Zusammenarbeit mit Unidos Podemos abzusehen. Angesichts des Drucks gab Sanchez sämtliche Parteiposten und seinen Parlamentssitz ab.

Mariano Rajoy [13] Chef der PP und selbst bis zum Hals im Korruptionssumpf steckend, nutzte die Gunst der Stunde. Mit Tolerierung der PSOE (diese wählte 2017 Pedro Sanchez erneut zum Vorsitzenden) konnte er eine Minderheitsregierung bilden. Sie hielt bis Ende Mai 2018.

Als immer neue Korruptionsfälle bekannt wurden, in die hochrangige Mitglieder der PP verwickelt waren, und sich außerdem zeigte, dass die Regierung Rajoy unfähig war, die Krise in Katalonien zu beenden, wurde die Partido Popular als regierende Partei untragbar. Unidos Podemos unter ihrem Vorsitzenden und Spitzenkandidaten Pablo Iglesias [14] drängte immer offensiver auf einen Misstrauensantrag gegen Mariano Rajoy. Am 1. Juni 2018 wurde dieser letztlich von Pedro Sanchez beantragt, durchgebracht und Mariano Rajoy gestürzt. Mit der Tolerierung von Unidos Podemos stellte die PSOE anschließend alleine die Regierung bis zu den Neuwahlen am 28. April 2019.

Die Ultrarechten als neue Kraft in Spanien

Durch diese Neuwahlen zog auch eine weitere neue Kraft in das spanische Parlament ein: die ultrarechte VOX [15] unter Santiago Abascal Conde, einem ehemaligen PP-Politiker, erhielt 10,3 % der Stimmen. Die VOX ist EU-kritisch, isolationistisch und wie es bei der letzten Fernsehdebatte der Spitzenkandidaten deutlich wurde, fremdenfeindlich. Zudem wird innerhalb der Partei vehement die Existenz unterschiedlicher Nationalitäten innerhalb Spaniens bestritten. Das vorrangige Ziel der Ultrarechten ist es, den Autonomiestatus der einzelnen Regionen abzuschaffen und das Land zentralistisch aus Madrid zu regieren.

Wie die Wahlen am kommenden Sonntag ausgehen, ist schwer einzuschätzen. Die Lage in Spanien ist äußerst angespannt. Durch die Gesellschaft ziehen sich zahlreiche Gräben. Entstanden ist über die Jahre eine zerklüftete politische Landschaft, weit entfernt von einer gemeinsamen Linie.

Die soziale Ungleichheit [16], die Arbeitslosigkeit, politische und wirtschaftliche Machtkämpfe, die fehlende Auseinandersetzung mit der Franco-Diktatur [17] und deren versäumte Aufarbeitung, die Renaissance des Franquismus, die Korruption, die Banken- und Immobilienkrise, aber auch die Spaltung zwischen jenen, die einen Klimawandel bestreiten und denen, die radikale Gegenmaßnahmen fordern, das Streben nach Selbstbestimmung und Unabhängigkeit der autonomen Regionen Katalonien, des Baskenlandes und Galiziens, dies alles

sind ungelöste Konfliktherde, die Spanien nicht zur Ruhe kommen lassen, weil keine Lösungen in Sicht sind.

So kommt es, wie es kommen muss: Rückwärts gerichtete Kräfte aus der dunklen Vergangenheit erscheinen auf der politischen Bühne. Etablierte Parteien ohne Ideen und Visionen klammern sich an die Macht und neue zivilgesellschaftliche, sozialistische und ökologische Bewegungen, die in eine unbekannte Zukunft enteilen wollen, verschaffen sich Gehör. Gemeinsam zerren sie an der Konstruktion des Vielvölkerstaates, auf dessen Schultern der geschichtliche Mühlstein des Faschismus lastet. Und es besteht die begründete Sorge, dass diese Kräfte Spanien zerreißen werden.

Anmerkungen:

[1] <https://resultados.elpais.com/e-lecciones/2011/generales/congreso/index.html>

[2] https://de.wikipedia.org/wiki/Partido_Socialista_Obrero_o_Espa%C3%B1ol

[3] <https://neue-debatte.-com/2017/03/01/der-fall-noos-spaniens-justiz-und-die-demokratie/>

[4] <https://neue-debatte.-com/2017/07/30/caso-guertel-mariano-rajoy-und-die-korruption-in-spanien/>

[5] <https://www.casos-aislados.-com/stats.php%20>

[6] https://de.wikipedia.org/wiki/Izquierda_Unida

[7] https://de.wikipedia.org/wiki/Unidos_Podemos

[8] <https://neue-debatte.-com/2018/02/05/katalonien-die-wahl-zwischen-freiheit-und-knechtschaft/>

[9] <https://neue-debatte.-com/2017/02/21/pedro-sanchez-sagt-der-alten-garde-der-spanischen-sozialisten-den-kampf-an/>

[10] <https://neue-debatte.-com/2017/05/23/die-stunde-der-wahrheit-schlaegt-fuer-die-spanischen-sozialisten/>

[11] <https://www.youtube.com/watch?v=dpECTSXm6yk>

[12] <https://de.wikipedia.org/wiki/PRISA>

[13] <https://neue-debatte.-com/2017/05/01/spanien-am-scheideweg/>

[14] <https://neue-debatte.-com/2017/03/01/podemos-errejon-iglesias/>

[15] [https://de.wikipedia.org/wiki/Vox_\(Partei\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Vox_(Partei))

[16] <https://neue-debatte.-com/2019/09/03/das-stadtviertel-raval-gegen-blackstone/>

[17] <https://neue-debatte.-com/2017/07/12/ehrung-fuer-rodolfo-martin-villa-das-blutige-fundament-der-spanischen-demokratie/>

Der Artikel "Parlamentswahlen in Spanien - Ist das Land (un)regierbar?..." wurde erstveröffentlicht im Meinungsmagazin *Neue Debatte*: <https://neue-debatte.-com/2019/11/07/parlamentswahlen-in-spanien-ist-das-land-unregierbar/>

Der Schattenblick dankt der Redaktion der Neuen Debatte für die Nachdruckgenehmigung.

*

Quelle:

Internationale Presseagentur
Presenza - Büro Berlin
Reto Thumiger
E-Mail:
redaktion.berlin@presenza.com
Internet: www.presenza.com/de

<http://www.schattenblick.de/infopool/europool/politik/e-sp0038.html>



pressenza
INTERNATIONAL PRESS AGENCY

PARLAMENT / FAKTEN / HINTERGRUND

Internationale Presseagentur Pressenza - Büro München

Hinter verschlossenen Türen:

Welche Lobbyakteure über die Fraktionen in den Bundestag gelangten

von Martin Reyher, abgeordnetenwatch.de, 29. Oktober 2019

Welche Lobbyakteure haben einen ungehinderten Zugang zum Deutschen Bundestag? Eine Klage von abgeordnetenwatch.de brachte vor einiger Zeit die Namen von hunderten Konzernen, Kanzleien und Verbänden ans Licht. Nun hat ein Wissenschaftler der Ruhr-Universität Bochum die Daten ausgewertet - sein Befund: Im Parlament herrscht "ein großes Übergewicht wirtschaftlicher Interessen". Begünstigt wurde dies lange Zeit auch durch eine wenig bekannte Hintertür.

Welche Konzerne, Agenturen oder Kanzleien einen Hausausweis für den Bundestag besitzen, war bis ins Jahr 2015 ein gut gehütetes Geheimnis - und das sollte es auch bleiben. Damals engagierte die Parlamentsverwaltung eigens eine große Rechtsanwaltskanzlei, um eine Auskunftsklage von abgeordnetenwatch.de über den Zugang von Lobbyakteuren zum Bundestag abzuwehren. Kosten für die Steuerzahler:innen: über 20.000 Euro [1].

Am Ende half der teure Rechtsbeistand wenig - abgeordnetenwatch.de gewann vor Gericht [2]. Und so erfuhr die Öffentlichkeit, welche Unternehmen, Agenturen, Kanzleien und andere Organisa-

tionen über eine der begehrten Zugangskarten zum Bundestag und damit zu den Büros der Abgeordneten verfügten.

Nun hat ein Politikwissenschaftler der Ruhr-Universität Bochum die damaligen Hausausweis-Daten in einer Kurzanalyse mit dem Titel "Hinter verschlossenen Türen" ausgewertet. Die Arbeit von Dr. Florian Spohr wurde jüngst auf dem wissenschaftlichen Online-Portal der NRW School of Governance veröffentlicht [3].

Hausausweise durch die "Hintertür"

Besonders zugute kommt dem Forscher, dass die Hausausweisliste nicht nur die Namen der Lobbyakteure enthält, sondern auch, über welche Bundestagsfraktion sie ihre Zugangskarten bekamen. Was bis zur Klage von abgeordnetenwatch.de kaum jemand wusste [4]: Lobbyakteure konnten sich einen Hausausweis nicht nur auf dem regulären Weg - die Registrierung in einer öffentlichen Verbändeliste [5] - besorgen, sondern auch über eine gut verborgene "Hintertür" (Spohr). Dafür benötigten sie die Unterschrift einer Parlamentarischen Geschäftsführerin oder eines Par-

lamentarischen Geschäftsführers einer Bundestagsfraktion, wovon sie rege Gebrauch machten: In der Hausausweisliste von 2015 finden sich 383 Unternehmen, Verbände, Agenturen und andere Organisationen, die an ihre Zugangskarte über eine der Bundestagsfraktionen gelangt waren.

Von Fraktionen bewilligte Hausausweise an Lobbyakteure

Für den Wissenschaftler ist die damalige Hausausweisliste geradezu ein Glücksfall. "Die veröffentlichten Daten zu den Hausausweisen eröffnen eine rare Gelegenheit, die nichtöffentliche Kommunikation zwischen Abgeordneten und Interessenvertretern zu analysieren", schreibt Spohr. Mit dem Datenmaterial lasse sich ergründen, "ob hinter den Türen der Bundestagsgebäude ein Ausgleich von Interessen stattfindet oder die Wirtschaftslobby freies Spiel hat."

Spohrs Analyse der seinerzeit über die Fraktionen vergebenen Hausausweise ergibt folgendes Bild (FDP und AfD waren 2015 nicht im Bundestag vertreten):

- Die CDU bewilligte sowohl absolut (609 Ausweise) als auch re-

lativ (2,39 Ausweise pro MdB) mehr Hausausweise, als alle anderen Fraktionen zusammen. Genau ein Drittel ihrer Hausausweise vergab sie an Unternehmen. Darauf folgen Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände als zweitgrößte Gruppe. Auch die CSU hat pro MdB deutlich mehr Ausweise vergeben als die anderen Parteien (1,38). Auffallend, so der Autor, sei zudem, dass 41 der 48 Agenturen und Kanzleien ihre Hausausweise über CDU und CSU bekamen. Insgesamt hatte die Unionsfraktion 105 Hausausweise an diese Lobbydienstleister ausgegeben.

- Die SPD bewilligte die meisten ihrer Hausausweise an Stiftungen und Think Tanks, darauf folgen Unternehmen und Wirtschaftsverbände. Die traditionelle Nähe der Sozialdemokratie zu Gewerkschaften und Wohlfahrtsverbänden zeige sich darin, dass sie diesen von allen Parteien die meisten Hausausweise ausgestellt hat, so Spohr.

- Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke vergaben pro MdB und absolut die wenigsten Hausausweise; Die Linke vorrangig an Public Interest Groups, die Grünen gleichermaßen an Unternehmen, Public Interest Groups und an Stiftungen und Think Tanks.

Aus der Vergabe von Hausausweisen im Jahr 2015 lassen sich laut Spohr drei Schlüsse ziehen:

- Erstens: Von einem gleichberechtigten Zugang für die diversen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Interessen zum Bundestag kann keine Rede sein. Statt dessen herrsche "ein großes Übergewicht wirtschaftlicher Interes-

sen". Interessanterweise decke sich dieser Befund nicht mit anderen aktuellen Studien, so der Autor. Denn während Bundestagsabgeordnete laut diesen regelmäßig die große Bedeutung allgemeinerwohlorientierter Interessen für ihre Arbeit betonten und in die öffentlichen Anhörungen der Bundestagsausschüsse mittlerweile Vertreter:innen unterschiedlichster Interessen eingeladen würden, "tummeln sich hinter den verschlossenen Türen des Bundestages zum größten Teil Wirtschaftslobbyisten."

- Zweitens: Die traditionellen Allianzen zwischen Parteien und bestimmten Interessen bestehen fort, oder mit anderen Worten: Fraktionen vergeben Hausausweise an die, die ihre Positionen teilen. Bei den Unionsparteien waren dies vorrangig Wirtschaftsinteressen. Da CDU und CSU zudem überdurchschnittlich viele Hausausweise ausgestellt haben, führt dies zu einem Übergewicht von wirtschaftlich orientierten Lobbyakteuren im Bundestag. Interessanterweise, so der Autor, sorgten nur Grüne und Linke durch die vorrangige Vergabe von Hausausweisen an allgemeinerwohlorientierte Organisationen für ein Gegengewicht, während die SPD "keine Interessenvermittlerin eines bestimmten gesellschaftlichen Lagers mehr ist": Die SPD-Fraktion bewilligte gleichermaßen Hausausweise für Gewerkschaften und Wohlfahrtsverbände wie auch für Wirtschaftsverbände und Unternehmen.

- Drittens: Neuartige Lobbyakteure gewinnen an Bedeutung. Während klassische Verbände vorrangig auf dem regulären Weg über die Registrierung in der Verbän-

deliste einen Hausausweis erhielten, bekamen Privatunternehmen, Stiftungen, Think Tanks, Agenturen und Kanzleien vor allem über die Parlamentarischen Geschäftsführer:innen der Fraktionen Zugang. Insbesondere bei Kanzleien und Public Affairs Agenturen mangelte es an Transparenz, da diese ihre Klienten gewöhnlich nicht offenlegten. "Insofern zeigt gerade das Aufkommen dieser Akteure, die 2015 immerhin ein Achtel der Hausausweise besaßen, die Notwendigkeit einer stärkeren Regulierung," so der Autor.

Unternehmen und Kanzleien verloren Hausausweise

Mittlerweile ist die Hausausweisvergabe stark eingeschränkt worden: Die "Hintertür" über die Fraktionen wurde Ende 2015 geschlossen; Unternehmen, Kanzleien und Agenturen bekommen seitdem keine Jahresausweise mehr. Lediglich Interessenverbände, die sich in die öffentliche Verbändeliste eingetragen haben, erhalten eine Berechtigung, müssen aber mit deutlich weniger Ausweisen auskommen als vorher. Mit der Zugangsverschärfung reagierte die Politik auf die öffentliche Diskussion, die die Hausausweis-Klage von abgeordnetenwatch.de ausgelöst hatte.

Doch so paradox es klingen mag: Dass nun weniger Lobbyist:innen einen Hausausweis für den Bundestag haben, bedeutet zunächst einmal weniger Transparenz. Wer keine Zugangskarte mehr bekommt, verlagert das Lobbying in "eine noch weniger kontrollierte Grauzone außerhalb der Parlamentsgebäude", so Spohr. Doch

diese Intransparenz müsse nicht sein. Was es brauche sei "eine größere Erfassung der in Deutschland nur gering regulierten Lobbykontakte von Abgeordneten", folgert der Politikwissenschaftler. Zudem müssten bestehende Regeln, etwa zu Nebeneinkünften und Karenzzeiten, strikter angewendet und Verstöße gegen diese durch den Bundestagspräsidenten und letztlich auch die Wähler:innen sanktioniert werden. All dies fordert auch abgeordnetenwatch.de.

Derweil treffen Lobbyist:innen und Abgeordnete sich weiterhin in den Cafés und Restaurants des Regierungsviertels, ohne dass es die breite Öffentlichkeit mitbekommt. Strengere Transparenzpflichten für Lobbyakteure oder gar ein verbindliches Lobbyregister wurden in den vergangenen Jahren nicht beschlossen.

Hier [7] gibt es die Möglichkeit, Fragen an die Abgeordneten zu stellen.

Erstveröffentlichung:

<https://www.abgeordnetenwatch.de/blog/2019-10-29/hinter-verschlossenen-tueren-welche-lobbyakteure-ueber-die-fraktionen-den-bundestag>

Anmerkungen:

[1] <https://www.abgeordnetenwatch.de/blog/2015-12-08/bundestag-engagierte-anwalte-fur-mehr-als-100000-euro-um-transparenz-zu-verhindern>

[2] <https://www.abgeordnetenwatch.de/blog/2015-12-22/bundestag-zieht-berufung-zurueck-damit-haben-wir-unsere-transparenzklage-auch>

tag-zieht-berufung-zurueck-damit-haben-wir-unsere-transparenzklage-auch

[3] https://regierungsforschung.de/wp-content/uploads/2019/10/17102019_regierungsforschung.de_Spohr_Hausausweise-Interessenvertreter.pdf

[4] <https://www.abgeordnetenwatch.de/blog/2014-06-11/bundestag-halt-zugangsregeln-fur-lobbyisten-unter-verschluss>

[5] <https://www.bundestag.de/resource/blob/189456/ff5bdafa230f5c0c15204ef6f5ca372/lobby-listeamtlich-data.pdf>

[6] <https://www.abgeordnetenwatch.de/blog/2019-10-29/hinter-verschlossenen-tueren-welche-lobbyakteure-ueber-die-fraktionen-den-bundestag>

[7] <https://www.abgeordnetenwatch.de/bundestag>

Bildunterschriften der im Schattenblick nicht veröffentlichten Tabellen:

Seit 2016 können Lobbyakteure keine Hausausweise mehr über die Fraktionen erhalten. Quelle: Deutscher Bundestag. Zur Ansicht aller 47 Seiten und zum Herunterladen der Daten bitte den Originalartikel aufrufen [6].

Tabelle Hausausweisvergabe nach Parteien: Die obere Zeile zeigt die Anzahl der Hausausweise an; in Klammern steht die Anzahl der Lobbyakteure mit Hausausweis. Die Zahlen differieren mitunter, da einzelne Akteure bis zu 22 von den Parlamentarischen Geschäftsführer:innen bewilligte Hausausweise besaßen (Beispiel KfW Bankengruppe: 14 von der CDU, 5 von der SPD und 3 von den Grünen) (Angaben für die 18. Legislatur-Periode, Stand: November 2015). Grafik: Florian Spohr

Der Text steht unter der Lizenz Creative Commons 4.0 <http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

*

Quelle:

Internationale Presseagentur
Pressenza - Büro Berlin
Reto Thumiger
E-Mail:
redaktion.berlin@pressenza.com
Internet: www.pressenza.com/de

<http://www.schattenblick.de/infopool/parl/fakten/pafhi092.html>

Kooperationspartner



poonal

Kooperationspartner von Schattenblick

poonal - Pressedienst
lateinamerikanischer
Nachrichtenagenturen
Herausgeber:
Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
Köpenicker Straße 187/188
10997 Berlin
Telefon: 030/789 913 61
E-Mail: poonal@npla.de
Internet: <http://www.npla.de>



Pressenza

Kooperationspartner von Schattenblick
Reto Thumiger
E-Mail:
redaktion.berlin@pressenza.com
Internet: www.pressenza.com/de

REDAKTION / WOCHENDRUCKAUSGABE / EDITORIAL



Foto: © by Schattenblick

Die Quelle zu nennen ...

Wie oft wird zum Beweis der Gültigkeit einer Nachricht nach der Quelle gefragt?

Eine Quelle markiert überraschend jenen Ort, an welchem das gleichwohl überall präsente Wasser der Erde unverkennbar und massiv aus dem Boden sprudelt oder vom Felsgestein quillt und von dort seinen immer stärker werdenden Lauf verbraucht, anschwellend vom Bach zum rauschenden Fluß bis hin zum reißenden Strom, dessen Fluten sich endlich in das große Sammelbecken Meer ergießen müssen.

Die Quelle ist jedoch auch das Sickerwasser, das vielleicht über große Flächen, Felder und Wiesen, sukzessive seine Umgebung näßt, bis sich nämlich Bild des Flusses in der Fläche abzubilden beginnt.

Gerade weil sich die Quelle, wie auch der Fluß und seine Mündung, über jenen gut sichtbaren Teil einer fließenden Vernetzung aller Wasser dem Auge faßbar macht, verbirgt sie doch auch auf diese Weise die welt-

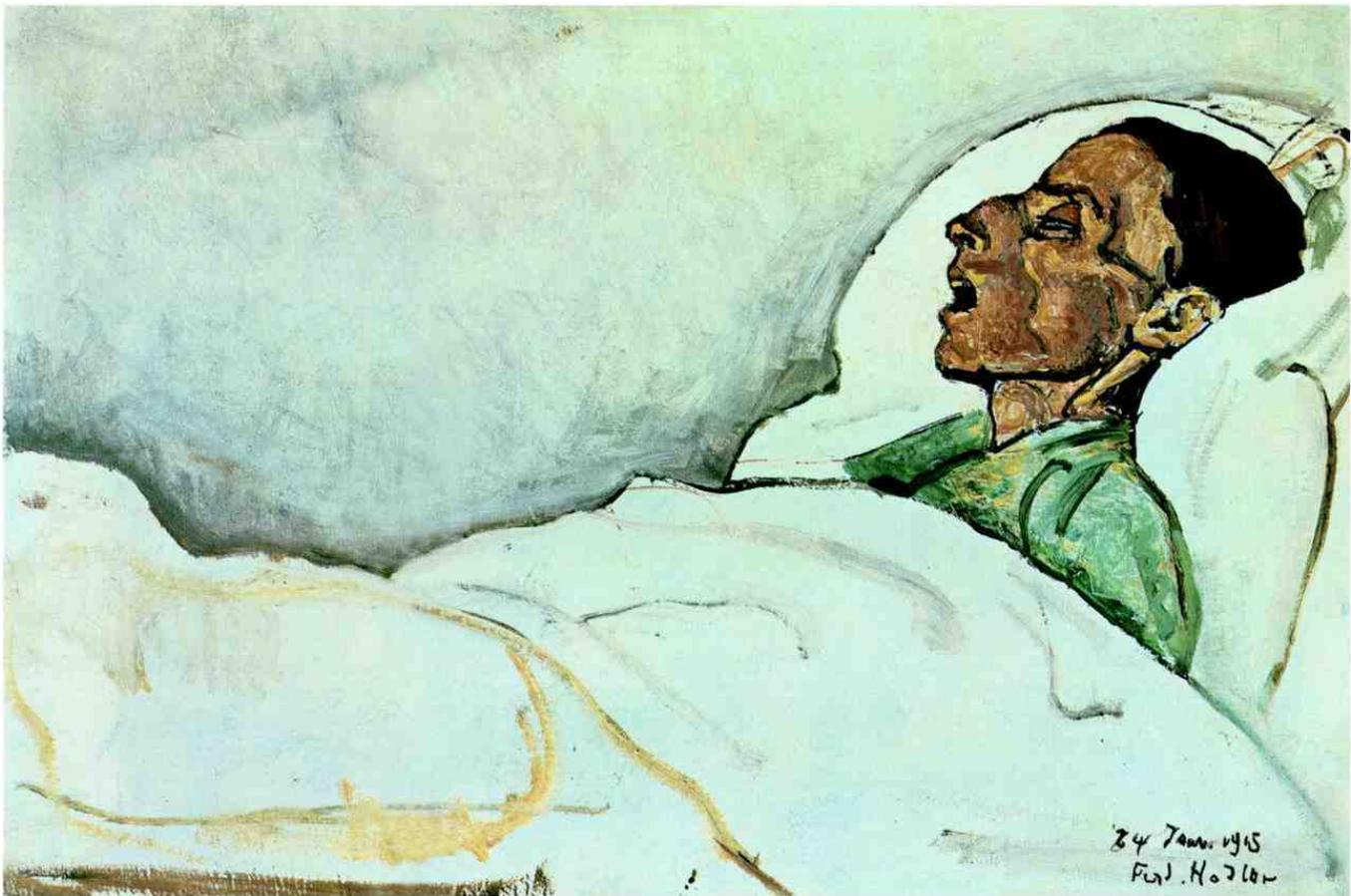
weite Haftung in ihrer unzerrissenen Liquidität. Als der immer gleiche Ausgangspunkt der Schöpfung wird sie dennoch sofort zum Verteiler aller Absehbarkeiten und Endlichkeiten und gewährleistet am Ende wie am Beginn auch ihr tragendes und schwimmendes Wesen und ihre liquide Unzerstörbarkeit, jene nicht zu trennende Verbindung, für die das Wasser im allgemeinen auch steht - ein Medium, das in der Tat seine Fähigkeiten zum Transport und zum Verkehr, zum Widerstand und zur Flüchtigkeit, zur Haft und zur Haftlosigkeit derart vollkommen in sich vereinigt, daß es dem Ergebnis jeder Kommunikation und dem Streben darüber hinaus stets einen Tropfen voraus sein muß.

Was sonst auch hätte eine größere Eignung zum Boten und zur Botschaft gleichermaßen aufzuweisen und wäre doch nicht ungeeigneter, zum bloßen Beweis seiner Gültigkeit erniedrigt zu werden?

Ihre Schattenblick-Redaktion

Die Entsorgungsgesellschaft - Nichteinverständnis vorausgesetzt ...

Teil 1



(SB) 8. November 2019 - "Sterbefasten" bedeutet, daß eine entscheidungsfähige Person freiwillig und bewußt auf Essen und Trinken verzichtet, um den Tod frühzeitig herbeizuführen. In Abhängigkeit vom Alter, der körperlichen Verfassung und den Vorerkrankungen dauert der Sterbeprozess in der Regel zwischen 7 und 21 Tagen. Dabei können böserartige Tumorerkrankungen, ein sehr hohes Lebensalter und völliger Flüssigkeitsverzicht schon ab dem ersten Fastentag die Frist verkürzen. Der Flüssigkeitsver-

lust führt letztlich zu einer irreversiblen Schädigung der Nieren. Die Ionenkonzentrationen in Blut und Gewebe verändern sich und führen zu einem Herzstillstand. In den ersten vier Tagen ist es in der Regel noch möglich, das Fasten abzurechnen, ohne daß es zu bleibenden Schäden kommt.

Paradigmenwechsel im Selbstverständnis der Ärzte

Bislang galten für das "Sterbefasten" bzw. den "Freiwilligen Ver-

*Die Geliebte des Künstlers Valentine Godé-Darel am Tag vor ihrem Tod am 25. Januar 1915
Gemälde von Ferdinand Hodler (1853-1918) - Öl auf Leinwand, Sammlung Kunstmuseum Basel
Foto: gemeinfrei*

zicht auf Essen und Trinken" (FVET) in Deutschland rechtlich die gleichen Voraussetzungen wie für den Suizid. Und zurecht hat sich die Ärzteschaft in Deutschland in den bisherigen Debatten zum Thema Sterbehilfe stets nicht nur gegen die "Aktive

Sterbehilfe" ausgesprochen, sondern auch gegen die "Beihilfe zum Selbstmord". Daß Suizidbeihilfe nicht zu den ärztlichen Aufgaben zählt, ist daher auch Bestandteil der Berufsordnungen der Landesärztekammern: Ärzte sollen Leben erhalten und Sterbenden Beistand und Hilfe beim Sterben, nicht aber zum Sterben, leisten.

Unabhängig von diesen berufsrechtlichen Normen der Ärzteschaft wurden strafrechtlich bereits Fakten geschaffen, um das Sterbefasten mit ärztlicher Begleitung in Deutschland zu legitimieren. Ein Positionspapier der Deutschen Gesellschaft für Palliativmedizin sorgt nun dafür, daß durch eine neue Bewertung des Sterbefastens als eigene Handlungskategorie - und nicht mehr als Suizid -, diese Methode, aus dem Leben zu scheiden, als "Natürlicher Tod" anerkannt werden kann. Damit erfolgt nach der rechtlichen Unbedenklichkeitsbescheinigung mit diesem Positionspapier nun auch das berufsständische Placet.

Natürlich lassen sich ethisch-moralische Bedenken durch die Neudefinition eines Begriffs nicht mit leichter Hand beiseite wischen, dennoch läßt sich kaum bestreiten, daß das Positionspapier höchstwahrscheinlich eine breite Akzeptanz des Sterbefastens auch in der Ärzteschaft zur Folge haben wird.

Ein Blick in die Geschichte der deutschen Rechtsprechung ...

Noch vor ein paar Jahren wäre die Aufnahme der ärztlichen Begleitung des Sterbefastens in den

Maßnahmenkatalog der Palliativmedizin undenkbar gewesen. Doch nun scheint dieser Schritt lediglich eine notwendige Konsequenz zu sein, die sich logischer Weise aus der sukzessiven Abweichung der deutschen Rechtsprechung in den letzten Jahrzehnten ergibt.

Im Jahr 1984 hatte ein Urteil des Bundesgerichtshofs entschieden, daß Ärzte sich der Tötung durch Unterlassung schuldig machen können, wenn sie bewussthlose Patienten nicht zu retten versuchen, und zwar auch dann, wenn der Bewussthlose, in der Absicht, sich das Leben zu nehmen, die Situation selbst herbeigeführt hat. Die Konsequenz daraus war, daß der Arzt im Falle eines Selbstmords zum Handeln verpflichtet war, sobald der Betroffene das Bewusstsein verliert.

Trotz dieser Rechtslage ergab eine Umfrage der Akademie für Ethik in der Medizin der Uni Göttingen im Jahr 2015, daß bereits zu diesem Zeitpunkt viele Hausärzte und Palliativmediziner Patienten beim Sterbefasten begleiteten. 62 Prozent der Befragten gaben an, mindestens eine Person beim freiwilligen Verzicht von Essen und Trinken in den letzten fünf Jahren betreut zu haben, 21 Prozent hatten sogar mehr als fünf Sterbewillige begleitet.

Im November 2015 wurde dann eine Gesetzesänderung auf den Weg gebracht, die es Ärzten von diesem Zeitpunkt an ermöglichte, eindeutig sterbewilligen todkranken Patienten im Einzelfall beim "Assistierte Suizid" behilflich zu sein, ohne sich strafbar zu machen. Mit dem § 217 des Strafgesetzbuches wurde die "geschäfts-

mäßige" Suizidbeihilfe jedoch unter Strafe gestellt, was bedeutete, daß die Sterbehilfe keinesfalls als gängige Therapieoption oder gar als standardmäßige Möglichkeit einer ärztlichen Betreuung dargestellt werden durfte.

Da der "Freiwillige Verzicht auf Essen und Trinken" juristisch nach wie vor als Selbsttötungshandlung bewertet wurde, blieb die rechtliche Grauzone für Ärzte, Pflegende und Hospizhelfer, die beim Sterbefasten mitwirkten, jedoch erhalten, denn es konnte nicht ausgeschlossen werden, daß § 217 auf sie angewendet wird.

Im Juli 2019 wurde das Urteil aus dem Jahr 1984 ohne großes Aufheben durch eine Entscheidung des 5. Strafsenats des Bundesgerichtshofs revidiert, die das Selbstbestimmungsrecht des Menschen nun deutlich höher bewertet und besagt, daß der Wille des Patienten auch dann respektiert werden müsse, wenn dieser nicht mehr bei Bewusstsein sei. Schließlich könnten Menschen heute auch in einer Patientenverfügung festlegen, was Ärzte im Falle ihrer Bewusstlosigkeit tun oder unterlassen sollen.

Mit diesem neuen Urteil wurden die letzten juristischen Hürden, die eine strafrechtlich unbedenkliche medizinische Begleitung des Sterbefastens bislang unmöglich gemacht hatten, aus dem Weg geräumt. Doch das Stigma des Selbstmords blieb und hatte zur Folge, daß der Arzt, der den Totenschein ausstellt, als Todesursache konsequenterweise "nicht natürlich" ankreuzen muß und damit verpflichtet ist, die Kriminalpolizei zu holen - ein Vorgang, der für viele Hinterbliebene ein

Schock und in jedem Fall mehr als unangenehm ist.

Um hier Abhilfe zu schaffen, wurde im Oktober nun das Positionspapier der Deutschen Gesellschaft für Palliativmedizin zum freiwilligen Verzicht auf Essen und Trinken mit Stand vom 7.2.2019 öffentlich gemacht, in dem erklärt wird, warum es sich aus ärztlicher Sicht beim sogenannten Sterbefasten doch nicht um einen Suizid handelt:

"FVET weist eine Reihe von Merkmalen auf, die den freiwilligen Verzicht auf Essen und Trinken deutlich von einem Suizid unterscheiden. FVET beendet das Leben nicht durch einen äußeren Eingriff. Es werden vom Sterbewilligen keine tödlich wirkenden Substanzen zugeführt noch wird anderweitig Gewalt angewendet. FVET bewahrt die körperliche Integrität und erhält die Selbstbestimmung. Das durch FVET herbeigeführte Sterben geschieht nicht abrupt, es reißt nicht aus dem Leben, sondern zieht sich über einen nicht frei bestimmbaren Zeitraum. Es verbleibt die Möglichkeit des Abbruchs des Verzichts bzw. der Wiederaufnahme von Essen und Trinken über einen längeren Zeitraum." [1]

Daraus wird geschlußfolgert, daß es

*"deshalb auch keine strafbare Handlung [ist], den freiwilligen Verzicht auf Essen und Trinken von Palliativpatient*innen medizinisch zu begleiten und gegebenenfalls die erforderliche Basisversorgung zur Linderung von Durst- und Hungergefühlen*

*zu leisten (Tolmein und Radbruch 2017). Die behandelnden Ärzt*innen unterlassen hier eine von Patient*innen ausdrücklich abgelehnte medizinische Behandlung (Ernährung und Flüssigkeitszufuhr über Sonde oder durch Infusionslösungen). Es wird hier keine Beihilfe zum Suizid geleistet, sondern es werden im Rahmen der Palliativversorgung belastende Symptome gelindert." [2]*

Nach dem konsequenten Abbau der strafrechtlichen Hürden für das Sterbefasten in den letzten Jahren folgt nun mit dem Positionspapier der Deutschen Gesellschaft für Palliativmedizin zum freiwilligen Verzicht auf Essen und Trinken auch die berufrechtliche Legitimation.

Unter Inanspruchnahme der medizinischen Deutungshoheit wird dem Sterbefasten auf diese Weise zu einer breiten gesellschaftlichen Akzeptanz verholfen und zugleich erhält die ärztliche Begleitung eines solchen Sterbeprozesses Eingang in das offizielle Behandlungsspektrum der Palliativmedizin.

Dazu erklärte Prof. Dr. phil. Alfred Simon von der Akademie für Ethik in der Medizin der Universität Göttingen gegenüber dem Deutschen Ärzteblatt:

"Die Begleitung eines Patienten beim Sterbefasten stellt nach Einschätzung der Bundesärztekammer eine Form der Sterbegleitung und keine Hilfe bei der Selbsttötung dar. Die Begleitung beim Sterbefasten unterliegt deshalb auch keiner beruflichen Einschränkung." [3]

Das Positionspapier und mögliche Konsequenzen ...

Liest man in das Papier hinein, klingt alles, was da geschrieben steht, plausibel. Wer wollte einem sterbenskranken Menschen und nur für solche hat dieses Positionspapier Gültigkeit, seinen freien Willen absprechen. Schaut man jedoch genauer hin, kann man sich des Gefühls nicht erwehren, daß unter dem Vorwand, nur das Beste für den Betroffenen im Blick zu haben, und selbstverständlich mit Verweis auf die ethisch-moralischen Grundwerte unserer Gesellschaft und den freien Willen des Menschen, ein entscheidender Schritt in Richtung Legitimation der Sterbehilfe nun auch von ärztlicher Seite gemacht wurde. Es könnte also sein, daß das so eloquent und juristisch sauber formulierte Positionspapier, sollte es denn auf eine breite gesellschaftliche Akzeptanz stoßen, wovon auszugehen ist, als Werkzeug mißbraucht wird und als Wegbereiter einer Zukunft dient, in der Sterbehilfe jeglicher Art auch in Deutschland wieder zum Alltag gehört.

Denn die Entwicklung, die sich abzeichnet, hört nicht beim Sterbefasten auf. Auch die Suizidbeihilfe bleibt ein medizinethisches Dauerthema. Verschiedene Sterbehilfevereine, Ärzte und Patienten haben eine Verfassungsbeschwerde eingereicht und noch in diesem Jahr wird ein grundsätzliches Urteil des Bundesverfassungsgerichts erwartet, das darüber entscheidet, ob der 2015 beschlossene § 217 des Strafgesetzbuches, der die "geschäftsmäßige" Suizidbeihilfe unter Strafe gestellt hat, mit dem Grundgesetz vereinbar ist.

Natürlich gilt es nicht, den freien Willen des Menschen in Frage zu stellen, und selbstverständlich bleibt jedem die Entscheidung, Essen und/oder Trinken einzustellen, um einen schnelleren Tod herbeizuführen, selbst überlassen. Doch die offizielle Entscheidung einer ärztlichen Gesellschaft, diesen Wunsch nicht nur zu akzeptieren, sondern ärztlich zu begleiten und u.a. auch Familienangehörige, die in Deutschland kein Vetorecht gegenüber der Entscheidung der Patienten haben, und eventuell dem "Behandlungsplan für die Symptomkontrolle" nicht zustimmen können, weil sie Probleme mit dem Sterbefasten haben, "auf Kurs" zu bringen, indem ihnen alle erdenklichen Informationen zu "Risiken und Nebenwirkungen" dieser Todesart und psychologische Unterstützung zur Verfügung gestellt werden, mutet zynisch an.

Erste Pflicht eines Arztes und Grundlage jeder palliativmedizinischen Unterstützung sollte es doch sein, genau zu prüfen und zu schauen, mit welchen Mitteln die Situation eines kranken oder sterbenden Menschen erträglich gestaltet werden kann, damit der Wunsch nach dem Sterbefasten oder einer anderen Methode des Suizids gar nicht erst auftaucht. Natürlich wird genau das auch in dem Positionspapier gefordert. Jedoch wird dort eine ärztliche und pflegerische Handlungsdi- rektive unter optimalen Voraussetzungen beschrieben, die in der bundesdeutschen Realität so nicht gegeben sind. Die vorhandenen Kapazitäten wie auch die medizinischen und pflegerischen Möglichkeiten der Palliativmedizin, nicht nur im privaten Bereich, sondern vor allem auch in den

staatlichen und privaten Pflegeheimen, lassen sich mit dem, was dort geschrieben steht, nicht in Deckung bringen.

Dazu ein paar aktuelle Zahlen [4]:

- Rund 3,7 Millionen Menschen in Deutschland sind pflegebedürftig. Ein Viertel davon wird stationär im Pflegeheim betreut.
- Die Ausgaben der Pflegeversicherung sind zwischen 2015 und 2018 von 29 auf 41 Milliarden Euro gestiegen.
- Der Eigenanteil, den Pflegebedürftige für die Pflege im Heim zahlen müssen, betrug im ersten Quartal 2019 im Bundesschnitt 662 Euro.

Bei einer Bevölkerungsumfrage des Instituts für Demoskopie in Allensbach gaben fast 80 Prozent der Befragten an, daß sie trotz Pflegeversicherung bei einer Pflege im Heim sämtliche Ersparnisse verlieren würden.

Wer wollte bestreiten, daß in dieser Situation, aus Angst vor Altersarmut oder davor, der Familie auf der Tasche zu liegen, oder angesichts der unzumutbaren Verhältnisse in vielen Pflegeheimen, in denen auch ohne Sterbefasten alte Menschen hungern müssen oder anderweitig vernachlässigt werden, des vorherrschenden Personalmangels, der völlig überforderten Pflegekräfte und der steigenden Zahl der alten und pflegebedürftigen Menschen in den kommenden Jahren bei dem einen oder anderen - und nicht nur aus rein ökonomischen, sondern aus vielerlei Gründen - der Wunsch aufkommen könnte, "selbstbestimmt" vorzeitig aus dem Leben zu scheiden?

In einer Pressemitteilung der Deutschen Gesellschaft für Palliativmedizin vom 16.10.2019 betont der DGP-Vizepräsident Urs Münch, Psychologischer Psychotherapeut und Psychoonkologe:

"Ein lebensbedrohlich erkrankter Mensch, der auf Essen und Trinken verzichtet, um das Sterben zu beschleunigen, sucht in der Regel nach einem Ausweg aus einer Situation, in der er Angst vor Leiden und vor dem Verlust seiner Würde und Autonomie hat. Als Gesellschaft sollten wir Rahmenbedingungen für alle zugänglich machen, damit Leid gelindert, Autonomie gewährt und Menschen in Würde sterben können. Die Charta zur Betreuung von schwerst kranken und sterbenden Menschen ist der Auftrag an die gesamte Gesellschaft, diese Bedingungen zu schaffen und zu kommunizieren." [5]

Solange die prekären Verhältnisse vieler alter und kranker Menschen nicht in Angriff genommen werden, könnte man, wenn man böswillig ist, ein Zitat wie das obige auch als Drohung auffassen, und nicht, wie es nahezu liegen scheint, als Hilfsangebot und ethische Stütze. Warum dieser Gedanke nicht ganz unberechtigt zu sein scheint, zeigen die Ergebnisse einer aktuellen Studie der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW), in der die Praxis des Sterbefastens, das in der Schweiz schon lange zum Maßnahmenkatalog der Palliativmedizin gehört, im Rahmen eines Forschungsprogramms von Professor André Fringer unter die Lupe genommen wird. Die Ergebnisse dieser Studie werden in Teil 2 dieses Kommentars vorgestellt.

Fortsetzung folgt ...

Anmerkungen:

[1] Positionspapier der Deutschen Gesellschaft für Palliativmedizin zum freiwilligen Verzicht auf Essen und Trinken, Oktober 2019, Seite 5 https://www.dgpalliativmedizin.de/phocadownload/stellungnahmen/DGP_Positionspapier_Freiwilliger_Verzicht_auf_Essen_und_Trinken%20.pdf

[2] Positionspapier der Deutschen Gesellschaft für Palliativmedizin zum freiwilligen Verzicht auf Essen und Trinken, Oktober 2019, Seite 3 https://www.dgpalliativmedizin.de/phocadownload/stellungnahmen/DGP_Positionspapier_Freiwilliger_Verzicht_auf_Essen_und_Trinken%20.pdf

[3] Richter-Kuhlmann, Eva: Thema Ärztliche Sterbebegleitung, Kontroverse Sterbefasten, Deutsches Ärzteblatt, Jg. 116, Heft 41, 11. Oktober 2019 <https://www.aerzteblatt.de/pdf.asp?id=210310>

[4] Pflegereform: DAK-Konzept deckelt Eigenanteile bis 2045, DAK-Gesundheit - Pressemitteilung vom 16.10.2019 <http://www.schattenblick.de/infopool/medizin/soziales/m7pf0787.html>

[5] Pressemitteilung DGP Aktuell vom 16.10.2019: "Deutsche Gesellschaft für Palliativmedizin positioniert sich erstmals zum Sterbefasten" <https://www.dgpalliativmedizin.de/dgp-aktuell/deutsche-gesellschaft-fuer-palliativmedizin-positioniert-sich-erstmals-zum-sterbefasten-achtung-des-patientenwillen-hoert-nicht-beim-freiwilligen-verzicht-auf-essen-und-trinken-auf.html>

<http://www.schattenblick.de/infopool/medizin/redakt/mzrk0004.html>



Schattenblick

Informativ, sozial- und umweltkritisch, engagiert

Seit 2013 auch als Wochendruckausgabe
mit Berichten, Reportagen, Kommentaren und Interviews der **Schattenblick-Redaktion**, der **internationalen Nachrichtenagentur Pressenza** und des **Pressedienstes poonal** mit kritischen Analysen und Hintergründen aus aller Welt.

Einzelpreis: € 8,50 inkl. Versandkosten.
Abonnementpreis für vier aufeinander folgende Ausgaben:
€ 28,- inkl. Versandkosten

Für eine Bestellung ist der Preis auf das unten angegebene Konto zu überweisen. Bei Fortsetzungswunsch des Abonnements ist dieser sieben Tage vor Ablauf der ersten Abo-Bestellung mit jeweils € 28,- fortgesetzter Überweisung für die entsprechenden nächsten Ausgaben zu bestätigen. Bleibt eine Bestätigung während dieses Zeitraums aus, gilt das Abonnement als fristgemäß gekündigt. Bei einer Einzelbestellung muß die Einzahlung ebenfalls sieben Tage vor Erhalt getätigt worden sein.

Bestellung unter:
MA-Verlag, Commerzbank Heide
IBAN: DE54 2184 0078 0432 8720 00
BIC: COBADEFFXXX

**MA-Verlag
Redaktion Schattenblick**
Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth
Telefon: 04837 / 90 26 98
E-Mail: redaktion@schattenblick.de
Internet: www.schattenblick.de

**Schattenblick Wochendruckausgabe
- fassen, lesen und begreifen -**

Liebe Leserin, lieber Leser,

bereits mit dieser Ausgabe der Schattenblick-Wochendruckpostille möchten wir uns zum nahenden Jahresabschluß herzlich für Ihre regelmäßige und zugewandte Aufmerksamkeit bedanken und Ihnen gleichzeitig die wichtigsten letzten und entsprechend ersten Informationen und Daten in eigener Sache für das Ende des Jahres 2019 und den Beginn des Jahres 2020 mitteilen.

Die beiden abschließenden Nummern 156 und 157 werden noch in der jeweils 45. und 46. Woche in diesem Jahr erscheinen. Dann beginnt für die Redaktion und alle anderen Mitwirkenden wie sonst auch die Zeit der steten Versorgung der Online-Ta-

geszeitung Schattenblick mit Reportagen, Berichten, Interviews, Kommentaren und Impressionen aus eigener Feder und Recherche sowie die umfangreiche Präsentation von Beiträgen aus anderen Publikationen.

In der vierten Woche des Jahres 2020 dann startet die Wochendruckausgabe des Schattenblicks mit ihren Veröffentlichungen aus eigener Hand und solchen befreundeter Medien wieder durch. Sie steht so ihrer Leserschaft wie gewohnt als Abonnement oder in Einzelexemplaren zum neugierigen und kritischen Stöbern und Lesen wie auch zum dialogischen Gebrauch erneut zur streitbaren Verfügung.

Ihre Schattenblick-Redaktion

UNTERHALTUNG / COMIC / COMIC STRIP

Schweinerei ...



Grafik: © 2019 by Schattenblick

<http://www.schattenblick.de/infopool/unterhlt/comic/uccm0146.html>

- 1 DIE BRILLE - REPORT: 24. Linke Literaturmesse - Verbotsopportunismus ...
8 DIE BRILLE - REPORT: 24. Linke Literaturmesse - türkische Motive ...
15 DIE BRILLE - REPORT: 24. Linke Literaturmesse - vereint gegen Klimafolgen und System ...
Klara Beck und Alina Nüßing im Gespräch
19 POLITIK - MEINUNGEN: Allgemeingültig - die regelbasierte internationale Ordnung ...
20 SCHACH-SPHINX: Nichts für einen schwachen Geist
21 EUROPOOL - POLITIK: Parlamentswahlen - Ist das Land (un)regierbar? (Pressenza)
24 PARLAMENT - FAKTEN: Hinter verschlossenen Türen - Welche Lobbyakteure ... (Pressenza)
27 EDITORIAL WOCHENDRUCKAUSGABE 156: Die Quelle zu nennen ...
28 MEDIZIN - REDAKTION: Die Entsorgungsgesellschaft - Nichteinverständnis vorausgesetzt ... (1)
33 UNTERHALTUNG - COMIC: Hartze - Schweinerei ...
34 DIENSTE - WETTER: Und morgen, den 09. November 2019

DIENSTE / WETTER / AUSSICHTEN

Und morgen, den 9. November 2019

Vorhersage für den 09.11.2019 bis zum 10.11.2019



© 2019 by Schattenblick

Blinzelsonne,
wolkenreich,
Jean übt Wonne
nah am Teich.

IMPRESSUM

Elektronische Zeitung Schattenblick

Diensteanbieter: MA-Verlag Helmut Barthel, e.K.
Verantwortlicher Ansprechpartner: Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth
Elektronische Postadresse: ma-verlag@gmx.de
Telefonnummer: 04837/90 26 98
Registergericht: Amtsgericht Pinneberg / HRA 1221 ME
Journalistisch-redaktionelle Verantwortung (V.i.S.d.P.): Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth
Inhaltlich Verantwortlicher gemäß § 10 Absatz 3 MDStV: Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth
ISSN 2190-6963

Urheberschutz und Nutzung: Der Urheber räumt Ihnen ganz konkret das Nutzungsrecht ein, sich eine private Kopie für persönliche Zwecke anzufertigen. Nicht berechtigt sind Sie dagegen, die Materialien zu verändern und / oder weiter zu geben oder gar selbst zu veröffentlichen. Nachdruck und Wiedergabe, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Wenn nicht ausdrücklich anders vermerkt, liegen die Urheberrechte für Bild und Text bei: Helmut Barthel

Haftung: Die Inhalte dieses Newsletters wurden sorgfältig geprüft und nach bestem Wissen erstellt. Bei der Wiedergabe und Verarbeitung der publizierten Informationen können jedoch Fehler nie mit hundertprozentiger Sicherheit ausgeschlossen werden.